

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 6 Juni 2009 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Wie weit noch bis zum Infarkt?

In dieser Ausgabe:

Mai-Krawalle:

- Justiz ermittelt wegen Mordversuchs an Polizeibeamten
- Autonomenangriff auf die Polizei
- „Das ist unsere Bühne!“ Einsatzbericht eines Kollegen
- „Zur Steinigung freigegeben“

EuroCOP:

Gemeinsame Mindeststandards für Innere Sicherheit gefordert

Prävention:

Bundesweit einmalig – Landesinstitut für Präventives Handeln

Drogen:

Cannabis – (k)ein Problem in Deutschland?

Mitbestimmung:

Mitbestimmung ist Standortvorteil

Seniorenjournal

Justiz ermittelt wegen Mordversuchs an Polizeibeamten



Berichte von den Mai-Krawallen, die in diesem Jahr früher losgingen und von roher Gewalt gekennzeichnet waren.

S. 16

Bundesweit einmalig: Landesinstitut für Präventives Handeln



Im Saarland wurde die Präventionsarbeit optimiert: Das „Landesinstitut für Präventives Handeln“ hat seine Arbeit aufgenommen und stellt sich in der DP vor.

S. 22

Cannabis – (k)ein Problem in Deutschland?



Cannabis ist das weltweit am stärksten verbreitete illegale Betäubungsmittel – gefährlich wegen eines wesentlich höheren Gehalts an Tetrahydrocannabinol (THC) als in den achtziger Jahren. Es gibt Hinweise darauf, dass Cannabiskonsum ein erhöhtes Risiko birgt, an schweren psychischen Störungen und an Schizophrenie zu erkranken. Anfällig und gefährdet sind insbesondere Jugendliche.

S. 32

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Dem Mob nicht das Feld überlassen	4
FORUM	4/5
TITEL/GdP-VERKEHRSFORUM	6
Wie weit noch bis zum Infarkt?	
MAI-KRAWALLE Justiz ermittelt wegen Mordversuch an Polizeibeamten	16
Autonomenangriff auf die Polizei	17
„Das ist unsere Bühne!“ – Einsatzbericht eines Kollegen	19
„Zur Steinigung freigegeben“	20
AKTUELL Veranstaltungen im Mai	21
PRÄVENTION Bundesweit einmalig: Landesinstitut für Präventives Handeln	22
EUROCOP Gemeinsame Mindeststandards für die Innere Sicherheit gefordert	27
MITBESTIMMUNG Mitbestimmung ist Standortvorteil	29
IPOMEX 2009 Internationale Polizeifachmesse mit Besucherrekord	30
DROGEN Cannabis – (k)ein Problem in Deutschland?	32
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER	40
IMPRESSUM	40



PERSONALRATSWAHLEN:

GdP erhält höchstes Vertrauen

BUNDESPOLIZEI:

Vom 12. bis zum 14. Mai 2009 fanden Personalratswahlen bei der Bundespolizei statt. Die GdP konnte hierbei wieder einen beeindruckenden Wahlerfolg für sich verbuchen. Nach personalrätlicher und gewerkschaftlicher „Neuaufstellung“ gelang es, ihre Mehrheit im Bundespolizeihauptpersonalrat im Bundesministerium des Innern mit 20 Sitzen zu festigen und auch im neuen Bezirkspersonalrat beim Bundespolizeipräsidium in Potsdam unangefochten die Mehrheitsfraktion zu bilden.

Außerdem konnten unsere GdP-Kandidatinnen und Kandidaten in fast allen Gesamtpersonalräten bei den Bundespolizeidirektionen einen beeindruckenden Sieg erringen. Unsere Wählerinnen und Wähler haben damit großes Vertrauen in die Fortsetzung unserer erfolgreichen Arbeit gesetzt. „Zukunft menschlich gestalten“, lautete der Slogan unseres GdP-Wahlkampfes bei der Bundespolizei; Motto und Auftrag zugleich für unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Ergebnisse: www.gdp-bundespolizei.de

Martin Schmitt

SAARLAND:

Die GdP hat bei den Personalratswahlen im Mai einen historischen Wahlsieg erreicht: Bei sehr hoher Wahlbeteiligung von rund 75 % (2005 rund 70 %) wurden in allen Strukturen der Polizei teilweise sehr deutliche Zugewinne im Verhältnis zu den letzten Personalratswahlen erreicht. Das Ergebnis der Wahl zum Polizeihauptpersonalrat beim Ministerium für Inneres und Sport weist für die GdP eine Stimmenzahl von 1.756 (Liste DPoIG - BDK 471 Stimmen) aus. Die GdP hat somit im Verhältnis zu 2005 einen Zuwachs von 287 Stimmen, DPoIG und BDK verlieren 114 Stimmen. Auf die GdP entfallen 79 % aller Stimmen, das sind gut 7 % mehr als 2005. Somit ändert sich auch die Sitzverteilung: Die GdP gewinnt einen Sitz hinzu, und stellt im künftigen PHPR 9 von 11 Sitzen. Hugo Müller, GdP-Landesvorsitzender: „Wir nehmen den damit verbundenen Auftrag an. Es ist nun für die GdP und die von ihr gestellten Personalvertreter noch mehr Verpflichtung, für die Beschäftigten in der saarländischen Polizei einzustehen. Versprochen, wir werden uns kümmern!“

Der Landesvorstand

RHEINLAND-PFALZ:

Die Beschäftigten der rheinland-pfälzischen Polizei setzen auch weiterhin ihr Vertrauen in die GdP. Bei den im Mai abgeschlossenen Personalratswahlen konnte die GdP landesweit das sehr gute Ergebnis aus den Wahlen von 2005 wiederholen. Das Ergebnis der Wahlen zum Hauptpersonalrat Polizei:

Beamte: Die Wahlbeteiligung lag bei 66,8 %. Von den 6.760 gültigen Stimmen erhielt die GdP 4.542 Stimmen = 67,2 %. Die Liste DPoIG/BDK erhielt 2.218 Stimmen = 32,8 %. 12 Sitze gehen an die Liste der GdP.

Tarifbeschäftigte: Die Wahlbeteiligung lag bei 81,2 %. Von den 1.348 gültigen Stimmen erhielt die GdP 1.089 Stimmen = 80,8 %. Beide Sitze gehen an die GdP.

Im Hauptpersonalrat Polizei stellt die GdP erneut 14 der 19 Mitglieder.

In allen fünf Gesamtpersonalräten der Präsidien und in allen Personalräten der Einrichtungen stellt die GdP die Mehrheit. Im Personalrat des Landeskriminalamtes erreichte die GdP 6 der 9 Sitze!

Wir bedanken uns bei unseren Wählerinnen und Wählern für den großen Vertrauensbeweis. Wir verstehen ihn als klaren Handlungsauftrag, uns weiter zum Wohl aller Beschäftigten einzusetzen.

Ernst Scharbach, Landesvorsitzender

NIEDERSACHSEN:

Mit einem Riesenerfolg ging die GdP aus den Personalratswahlen am 12. und 13. Mai bei der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) hervor. 13 von 15 Sitzen wurden gewonnen. Bei den Beamtinnen und Beamten stimmten 73,3 % der Wählerinnen und Wähler für die GdP. Bei den Tarifbeschäftigten stand von Anfang an nur die GdP zur Wahl. Sitzverteilung: GdP insgesamt hat 13 Sitze, davon 4 für den Tarif- und 9 für den Beamten/-innenbereich.

„Menschen in den Mittelpunkt!“ Dieses durch die GdP in die ZPD getragene Motto wird für die GdP-Kolleginnen und -Kollegen im neu gewählten Personalrat der ZPD ein Maßstab des Handelns sein.

Frank Jürges, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe ZPD

Frank Jürges, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe ZPD

BADEN-WÜRTTEMBERG:

Abschied und Neuwahlen

Nach acht Jahren hat Josef Schneider nach seinem letzten Geschäftsbericht während der Gewerkschaftsbeiratssitzung am 23. April 2009 in Stuttgart sein Amt als Landesvorsitzender in Baden-Württemberg niedergelegt. Josef Schneider, der im März 2009 seinen 60. Geburtstag feiern konnte und mit Ablauf desselben Monats vom baden-württembergischen Innenminister Heribert Rech (MdL) in den Ruhestand verabschiedet



Josef Schneider (r.) und Rüdiger Seidenspinner (l.) bei der Übergabe der Urkunde.

Foto: wosch

wurde, ist vom Gewerkschaftsbeirat mit minutenlangem stehenden Applaus gebührend verabschiedet und zum Ehrenvorsitzenden der GdP-Baden-Württemberg gewählt worden.

Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Rüdiger Seidenspinner aus Karlsruhe, mit über 93 Prozent gewählt.

„Die nächsten Jahre werden nicht einfach werden, denn neben knappen Haushaltskassen, die immer wieder Auswirkungen auf die Bezahlung im Polizeibereich haben, werden immer größer werdende soziale Spannungen den Alltag der Polizei bestimmen“, so Rüdiger Seidenspinner nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden. Er will die von seinem Vorgänger eingeschlagene gewerkschaftspolitische Richtung konsequent fortführen.

wosch



BERLIN: „Besoldungsverhandlungen jetzt!“

Unter diesem Motto haben bereits zwei Aktionen der Berliner GdP stattgefunden. Anlässlich der Feierlichkeiten „200 Jahre Polizeipräsidium Berlin“ im Roten Rathaus wurden die Politiker und Ehrengäste mit der Forderung der GdP, Angleichung der Berliner Beamtenbesoldung an die anderen Bundesländer, konfrontiert. Auch die Wahlkampfveranstaltung „Thierse trifft Müntefering“ in der Kulturbrauerei wurde genutzt, um die Bundespolitiker der SPD mit den Problemen der „Hauptstadtbeamten“ vertraut zu machen! **WPü**



Innensenator Dr. Körting (Mitte) stellt sich den Fragen der GdP. Foto: WPü

BRANDEBURG:

Protest vor Fachhochschule und CDU-Europakongress

Der Einsatz der GdP für eine Verbesserung der Situation in der Brandenburger Polizei geht weiter: Vor den Toren der Fachhochschule der Polizei (FH Pol) in

Oranienburg wurden am Morgen des 8. Mai 2009 die Teilnehmer und Gäste der Vereidigungszeremonie an der FH Pol von Kolleginnen und Kollegen erwartet, die auf die Probleme der Brandenburger Polizei aufmerksam machten und in diesem Zusammenhang auf eine ganz spezielle Problematik der Polizeianwärter hinwiesen: Mit dem Umzug der FH Pol von Basdorf nach Oranienburg bei gleichzeitigem Wegfall der

polizeieigenen Unterkünfte stiegen die Mietausgaben der Fachhochschüler erheblich an. Hinzu kommt: Die Stadt plant die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer.

Einen Tag später empfingen auf der Strecke zum CDU-Europakongress ca. 30 GdP-Demonstranten in unübersehbaren grellgrünen T-Shirts mit dem Aufdruck „BILLIGPOLIZEI verhindern“ die Teilnehmer der Veranstaltung und erläuterten ihnen noch vor Kongressbeginn die Situation in der Brandenburger Polizei. Dabei übergaben sie ihnen drei Rote Karten – eine für den Ministerpräsidenten, eine für den Finanzminister und eine für den ehemaligen CDU-Landesvorsitzenden und amtierenden Innenminister, Jörg Schönbohm.

M. Peckmann

Stellenanzeige

Polizei des Landes Brandenburg sucht:

Die besten jungen Leute des Landes für einen interessanten Job.

Wir bieten:

- keine Unterkunft während der Ausbildung
- keine Übernahmegarantie
- hohe physische und psychische Belastung
- einen hohen Krankenstand
- die zweitschlechteste Bezahlung bundesweit
- ungerechte Leistungsbewertung
- geilte Tragschrauber
- ständige Evaluierungen
- unsichere Perspektiven
- flexible Einsatzorte durch Wachenschließungen

Bewerbungen richten Sie an die Landesregierung Brandenburg oder gleich an ein anderes Bundesland!

Eine Initiative der Gewerkschaft der Polizei.



Mit dieser „Stellenanzeige“ in Brandenburger Zeitungen machte die GdP auf die gegenwärtige Situation der Kolleginnen und Kollegen aufmerksam. Die hauptstädtische „Berliner Zeitung“ hat einige Tage später diese Anzeige in einem redaktionellen Text noch einmal veröffentlicht.

Nachruf

Im Alter von 86 Jahren ist am 11. Mai 2009 der ehemalige GdP-Bundesvorsitzende und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schirmmacher, in seinem Wohnort Bielefeld verstorben. Helmut Schirmmacher trat im August 1949 in die GdP ein und wurde zwanzig Jahre später zum Vorsitzenden des Landesbezirks Niedersachsen gewählt. 1975 übernahm er das Amt des Bundesvorsitzenden. Als Bundesvorsitzender hat Helmut Schirmmacher wesentlich den Beitritt der Gewerkschaft der Polizei in den Deutschen Gewerkschaftsbund vorangetrieben, der 1978 auf einem Außerordentlichen GdP-Kongress in Berlin beschlossen wurde.

1981 endete die Amtszeit unseres Kollegen und Bundesvorsitzenden Helmut Schirmmacher, als er zum Polizeipräsidenten von Bielefeld berufen wurde.

Die GdP trauert um einen engagierten und mutigen

Kollegen. Wir werden das Andenken Helmut Schirmmachers in Ehren halten.

Gewerkschaft der Polizei
Der Bundesvorstand



Dem Mob nicht das Feld überlassen

Das Thema Mai-Krawalle „ist erst mal durch“, wie man so schön sagt. Jedenfalls in den Medien. Zwei, drei Wochen wird diskutiert, dann flacht offenbar das öffentliche Interesse ab. Was bleibt, sind all die Probleme, die sich um diese exorbitanten Gewaltausbrüche vor allem junger Menschen ranken. Nur drei davon möchte ich ansprechen:

Die Bilder und Berichte von den Randalen drücken kaum aus, was die Kolleginnen und Kollegen während ihrer diesjährigen 1. Mai-Einsätze ertragen mussten. Sie wurden beleidigt, standen im Steinhagel, wurden mit Böllern und Brandsätzen beworfen – von einem tobenden Mob, von wirren Frustköpfen, die einfach mal eben ihren Spaß an der Gewalt ausleben. Ohne Hemmungen.

Die sogar billigend in Kauf nehmen, dass unsere Kolleginnen oder Kollegen schwer verletzt oder gar getötet werden könnten.

Das zweite Problem, was mich auf die Palme bringt, sind die johlenden Zuschauer, und all die, die klammheimlich mit diesen anarchistischen Gewaltausbrüchen liebäugeln, um es „denen da oben mal zu zeigen“. Hier zuschauen – vielleicht noch Actionfotos machen, mit beschriebener klammheimlicher Freude – finde ich moralisch zutiefst verwerflich.

Und: Diese Eskalationen mit all ihren Folgen kosten Geld – Geld, das weiß Gott für Sinnvolles in dieser Gesellschaft ausgegeben werden könnte.

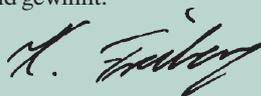
Wir sind uns einig, dass all jene, die Schwerverletzte und Tote in Kauf nehmen, konsequente, schärfste Bestrafung verdienen. Aber sie verdienen auch gesellschaftliche Ächtung – und zwar durch alle demokratischen Kräfte – unabhängig davon, welcher Partei man an-

gehört oder mit welcher man sympathisiert. Fatal wäre, diese Gewalt als alljährliches Ritual zu bagatellisieren. Es darf nicht das geringste Duldungsklima entstehen. Ich möchte nur ergänzend darauf hinweisen, dass in mindestens sechs Städten am 1. Mai nicht nur Polizisten sondern auch Gewerkschafter gezielt von rechten Schlägertrupps angegriffen worden sind. Hier handelt es sich nicht nur um Gewalt schlechthin, sondern gezielte Attacken gegen Polizei und Demokratie, das sind Angriffe auf die demokratische Ordnung in unserem Land!

Das ist auch in der Politik angekommen. Daher soll laut Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die „extreme Gewalt gegen Polizisten“ auf der nächsten Innenministerkonferenz Anfang Juni gründlich erörtert werden. Ich hoffe sehr, dass es nicht nur bei Erörterungen bleibt, sondern effektive Strategien zur Bekämpfung solcher gesellschaftlichen Auswüchse entwickelt werden – ausreichende polizeiliche Handlungsmöglichkeiten gehören hier unbedingt dazu.

Wir als GdP werden angesichts der jüngsten Eskalationen mit unserer Forderung nach ausreichender Personalstärke bei der Polizei nicht nachlassen. Seit dem Jahre 2000 haben wir bundesweit insgesamt 10.000 Polizeibeamtinnen und -beamte weniger. Polizei reduzieren heißt schlichtweg, auch Randalierern und Gewalttätern das Feld zu überlassen. Hinzu kommt, dass das Risiko für unsere Kolleginnen und Kollegen bei solchen Einsätzen immer größer wird. Es möge keiner denken, dass sich das Gewaltproblem zügig erledige. Im Gegenteil, wir müssen bei künftigen Demonstrationen mit zunehmender Eskalation rechnen.

Daher noch mal: Neben aller Ursachenforschung und Präventionsarbeit auf dem Gewaltgebiet – wir brauchen genügend gut ausgebildete, ausgestattete und angemessen bezahlte Polizistinnen und Polizisten. Und wir brauchen als Polizei Rückhalt in der Politik, damit auf unseren Straßen nicht eines Tages der Mob die Oberhand gewinnt.



Zu: Waffen im Visier – doch das Problem ist viel komplexer, DP 5/09

Ich möchte Sie beglückwünschen zu den Artikeln des Maiheftes 2009 betreffend Amok und Gewalt. Nichts geht uns Polizeibeamten näher als die Verhöhnung unserer Jugend. Die persönliche Hilflosigkeit im Amt gegen dieses Phänomen lässt mich die Artikel verschlingen. Auch ich kann nur Zustimmung für den so treffend analytischen Aufriss des Problems und seiner Hintergründe zollen.

Das Heft eignet sich meines Erachtens auch gut für die thematische Aufarbeitung in den Schulen. Hebel sind Referat-Vorschläge für Schüler und pädagogisches Auftreten von Polizisten: Der Einsatz geeigneter, also erfahrener und angeleiteter Polizisten mit immer noch ungeheurem Eindruck in den Schulen wird von der Kultuspolitik wohl bis heute unterschätzt und kleckernd und spritzerhaft, nicht aber konsequent genutzt und ist dabei doch erste und mit Abstand ökonomischste Essenz des polizeilichen Auftrags.

Gerade durch die Attrahierung der jugendlichen Klientel, die pädagogisch erreicht werden soll, durch a) uns als Waffenträger ebenso wie b) das beeindruckende Titelblatt mit Schriftzug „Polizei“ und Waffendarstellung wäre das Heft doch sicher ein „Köder“.

Müsste die so erzeugte thematische Beschäftigung in der Arbeitsgruppe bzw. als Referent vor den Klassenkameraden nicht zwangsläufig psychosoziale Wirkungen innerhalb der Klasse/Arbeitsgruppe o. ä. entfalten? Eine Welle etlicher sozialer Mechanismen in den Köpfen würde initiiert. Man dürfte diese Welle nur nicht ungenutzt lassen; sie muss eingebunden, der Impuls vernetzt werden.

Gerhard Tscharn, Rüdesheim



Ihr Bericht ist Balsam für meine als Legalwaffenbesitzer geschundene Seele. Ich würde mir wünschen, dass die Mehrheit so objektiv mit dem Thema umgehen würde, wie Sie.

Ist es vorgesehen, den Bericht auch unseren Politikern zur Kenntnis zu bringen, oder verhallt das Rufen nach Vernunft wieder einmal ungehört?

Christian Heller, Rauenberg





Meine Anerkennung zu den Beiträgen bezüglich des Amoklaufs von Winnenden und der öffentlichen Diskussion über Verschärfungen des Waffenrechts. Endlich einmal fachlich fundierte Artikel – in wohlwollendem Gegensatz zu vielem, was man in den Medien wahrnehmen musste!

Ich bin seit 1981 Polizeibeamter des Landes NRW, zugleich auch Sportschütze und Sammler. Auch ich bin über den Amoklauf in Winnenden zutiefst erschüttert!

Es erschüttert mich aber auch, dass solch ein furchtbares Ereignis dazu genutzt werden soll, unser Rechtssystem zu demontieren. Wie anders kann man es verstehen, dass nunmehr darüber diskutiert wird, alle Legalwaffenbesitzer per se unter Generalverdacht zu stellen? Dagegen verwehre ich mich entschieden! Ich soll zuverlässig unseren Staat gegen Rechtsbrecher notfalls mit der Waffe in der Hand verteidigen, bin aber nicht zuverlässig genug, privat Schusswaffen zu besitzen? Wie soll man das denn nun verstehen?

Ich glaube, es wird endlich einmal Zeit, statt in Aktionismus zu machen, den wirklichen Ursachen für solche Amokläufe auf den Grund zu gehen. Es wird Zeit, sich einmal über die Ursachen Gedanken zu machen, was manche Menschen zu solch schrecklichen Taten treibt und wie man diesen bereits im Vorfeld helfen und damit nach Erkennen einer potentiellen Gefährdung begegnen kann! Nicht umsonst wird schon länger eine „Kultur des Hinsehens“ gefordert.

Die Amokfahrt in Aapeldorn dieser Tage hat deutlich gezeigt, wie fatal es ist, sich bei der Vorbeugung vor der Wiederholung von Amokläufen nur auf das Tatmittel zu konzentrieren. Tödlich sind nicht nur Schusswaffen, wann begreift das endlich die Politik? Nach deren Logik müsste man jetzt in Holland alle Autos strengerer Zugangsregeln unterwerfen, wenn nicht gleich ganz verbieten. Es geht im Kern nicht um das Tatmittel, es geht um den Menschen, der unsere Aufmerksamkeit verdient.

**Egon Thiel, Polizeioberkommissar LR
Neuss**



Beim Lesen des Beitrages bekommt man den Eindruck, der Verfasser will möglichst doch alles beim Alten lassen, weil er alle seine Vorschläge selbst negiert, zumeist finanzielle oder organisatorische Gründe vorschreibt.

Er selbst sagt, es seien Millionen Waffen, die unterzubringen wären ... Wo bleibt sein Vorschlag, das Arsenal eines „Sport- oder Schützenvereinschützen“ ausdünnen? Muss ein „Sportschütze“ mehrere Waffen, darunter zum „Sport“ völlig untaugliche wie Magnum, Elefantentöter oder Silberbüchsen haben?

Muss es überhaupt eine Waffe im klassischen Sinn sein? Es gibt doch Laserwaffensysteme, die den gleichen Erfolg bringen, nämlich treffen, und das sogar mit Schussgeräusch. Und da liegt der Hase im Pfeffer! Das will der Schütze nicht! Er möchte, ich kann es verstehen, das archaische, ursprüngliche behalten. Da ist die Waffe, kalt, glatt, harter Stahl ... und da ist die Munition ... das Laden ist ein sinnliches Erlebnis ... und dann das Ziel ...

Für mich das Schlimmste: Der Verfasser hinterlässt den Eindruck, aufgrund der „Flut von Medaillen“ könne man über eine Altersgrenze nicht nachdenken ... das „bedeute dann den Abschied“!

Holger Patzwall, per E-Mail



Mit großem Interesse habe ich den Artikel von Wolfgang Dicke gelesen und möchte mich, auch im Namen vieler Schützen, dafür bedanken. Es ist endlich mal ein Bericht, in dem objektiv die Probleme beschrieben werden und der nicht nur populistische Maßnahmen beschreibt.

**Dr. Eckard Mißfeld,
Vizepräsident des Schützenverbandes
Hamburg und Umgegend e. V.**



School Shootings – was für ein Ausdruck für solch ein tragisches Geschehen! Haben die Psychologen und Soziologen sich diesen Begriff selbst ausgedacht oder war da wieder mal ein pseudomoderner Mensch am Werk, der zeigen wollte, dass er voll auf der intellektuellen Höhe ist?

Genau solche Abstraktionen sind es, die mit dazu beitragen, dass junge Menschen der Realität entzogen werden. Wie sollen diese denn lernen was Mitgefühl, Leid, Grausamkeit, Schrecken und Trauer sind, wenn nicht mal die angeblich intelligenten Erwachsenen sich diesen Gefühlen stellen, sondern lieber vorgeblich wissenschaftliche Anglizismen verwenden?

Die Opfer von Winnenden waren nicht

die Verlierer bei einem School Shooting. Sie wurden grausam und heimtückisch ermordet!

Carsten Franke, per E-Mail

Zu: Leserbrief des Kollegen Jürgen Vogler, DP 5/09

Werter Kollege Vogler, vielen Dank für Ihre Einladung nach Südbaden. Gerne würde ich zu Ihnen kommen und mich überzeugen lassen. Nur leider habe ich 13 Jahre lang bei drei südbadischen Polizeidirektionen gearbeitet und kenne die Verhältnisse dort recht gut. Ich bin auch kein tumber Handwerker, wie Herr Wössner meint, sondern kann sowohl praktische Erfahrungen als auch theoretische Kenntnisse (Studium Nachrichtentechnik, Studium FH-Pol, Studium Wirtschaftsrecht) in die Diskussion einbringen. Wenn Ihnen meine Ansichten nicht gefallen, sollten Sie sich Gegenargumente überlegen, anstatt mir Lügen zu unterstellen.

Über die Situation in Villingen-Schwenningen weiß ich nicht Bescheid, und es war nie meine Absicht, Herrn Wössner oder einen sonstigen Leistungsträger der PD Villingen-Schwenningen zu brüskieren. Mein Ziel war es, eine Diskussion darüber in Gang zu setzen, ob betriebswirtschaftliche Methoden sich eignen, staatliche – mithin also gemeinnützige – Organisationen zu führen. Dass ich dazu die aktuellen Verhältnisse satirisch überspitzt habe, halte ich für ein legitimes Mittel, denn nur so bringt man seine Leser zum Nachdenken.

Michael Freuding, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de





Wie weit noch bis zum Infarkt?

Foto: Franz-Peter Tschauner/ddp

Kolonnen von LKW belasten vor allem auf den Autobahnen den Verkehr und die Umwelt gewaltig. Wer hofft, das Phänomen erledige sich schon irgendwie, täuscht sich gewaltig. Im Gegenteil: Der globale Gütertransport wird in den nächsten Jahren noch zunehmen.

Wie man das Problem im Sinne der Belastung, der Sicherheit und des Umweltschutzes dennoch verträglich gestalten kann, darüber hat die GdP auf ihrem 2. Verkehrspolitischen Forum am 28./29. April in Potsdam mit Experten diskutiert. Die Ergebnisse werden sich in einem verkehrspolitischen Programm der GdP wiederfinden, mit dem sich unsere Gewerkschaft an der politischen Lösungsfindung beteiligen wird.

Das Motto war Programm: „Verkehrslast, Umweltschutz und Mobilität! Widerspruch oder defizitäre Koordination?“

Natürlich brauchen und wollen wir alle die Güter, die auf den verschiedenen Verkehrswegen transportiert werden. Die Güterverkehrsleistungen auf unseren Straßen – so die Vorhersagen – werden zwischen 2004 und 2025 um 79 Prozent (Straßengüterverkehr) bis 84 Prozent (Straßengüterfernverkehr) zunehmen. Zum Vergleich: Der Personenverkehr legt

um 19 Prozent zu. Die Ursachen für diese Zunahme hängen sowohl mit der Globalisierung im Allgemeinen als auch mit der Öffnung Europas im Besonderen zusammen.

Zum anderen spielt aber auch eine veränderte Logistik der Unternehmen eine entscheidende Rolle: „Zero Stock“ bedeutet: Keine Lagerhaltung und „Just in Time“: Es wird geliefert, wenn der Kunde bestellt. Damit wird die Straße faktisch zum Ort der Lagerhaltung. Und das bedeutet nichts an-

deres, als dass die Kosten für die Lagerhaltung uns allen in Form von übervollen Autobahnen und Staus aufgedrückt werden. Konrad Freiberg nannte es in seiner Eröffnungsrede „ziemlich unverfroren“, darüber hinaus den Bau neuer Autohöfe bzw. Rastanlagen zu fordern – natürlich aus Steuermitteln –, weil die Fahrer sonst die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten nicht einhalten könnten ...

Die Bundesregierung hat das Güter-



Heidi Wright, Vorsitzende des Verkehrsausschusses der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Foto: Holecsek



verkehrsproblem inzwischen auch erkannt und einen sogenannten „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ erarbeitet (siehe www.bmvbs.de). Sicher ein Lösungsansatz, aber es gibt aus gewerkschaftlicher Sicht einen wesentlichen Kritikpunkt: Wenngleich der Masterplan den Menschen in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, die Industrie solle übermäßig geschont werden – vor allem finanziell. Für uns ist jedenfalls nicht erkennbar, dass sich die Güter produzierende bzw. die Güter transportierende Industrie an den Kosten,



GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg bei seinem Eröffnungsreferat. Foto: Holecek

die sie verursachen, angemessen beteiligen müssen. Auch Heidi Wright, Vorsitzende des Verkehrsausschusses der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, konnte in ih-

rem Vortrag auf dem GdP-Verkehrsforum dem Masterplan der Bundesregierung nicht nur gute Seiten abgewinnen: Der Umweltschwerpunkt sei darin zu gering gewichtet. Als hoch engagierte Verfechterin eines Tempolimits von 130 km/h auf Deutschlands Autobahnen forderte sie Innovationen ein, die Mobilität, Verkehrssicherheit und Umweltschutz in Einklang bringen.

So weit die Ansprüche.
Was aber ist dafür nötig?
Was sind wir bereit, dafür zu tun?

Die folgenden Referenten setzten mit ihren Vorträgen Impulse für genau diese Überlegungen.

Hubert Schwaninger, Leiter der Autobahnpolizei Braunschweig:

Verkehrsströme homogenisieren

Die Fakten seines Vortrags stellten klar, dass die Sicherheit eine dramatisch ernste Rolle in der Gesamtbetrachtung aller Probleme des Straßenverkehrs spielt.

2008 gab es in Deutschland 4.467 Tote im Straßenverkehr. Zwar sei das ein historischer Tiefstand, aber es bedeutet auch: täglich sterben 12 Menschen und über 1.100 werden verletzt. Zur Linderung von Leid, zur Reduzierung volkswirtschaftlicher Schäden und zum Erhalt einer hohen Mobilität sei es unerlässlich, in eine Verkehrssicherheit zu investieren. Unver-

wieder an. Grund: das verstärkte Verkehrsaufkommen.

Hubert Schwaninger schilderte die Erfahrungen aus der Verkehrsüberwachung ab 2000: Bei digitalen Abstandsüberwachungen wurden rund 100 bis 120 Ver-

Schwaninger setzt auf eine Erhöhung der Verkehrssicherheit durch intensive Präventionsarbeit – auch international verständlich. Schließlich wird Deutschland als Transitland von Tausenden Ausländern täglich durchfahren. Als Beispiel nannte er Aktionen mit

„Unverzichtbar dabei ist, die Verkehrsmoral in Deutschland näher zu betrachten.“

zichtbar dabei ist, die Verkehrsmoral in Deutschland näher zu betrachten.

Hubert Schwaninger betrachtete in seinen Ausführungen die BAB 2 als Teil der E 30. Hier spiegeln sich die Erfahrungen und Erkenntnisse vieler Polizeikollegen und Kolleginnen wieder und sind insofern durchaus repräsentativ. Auf diesem Autobahnabschnitt wurden ab dem Jahr 2000 drei baulich optimal gestaltete Fahrspuren in Betrieb genommen. Bis 2002 verzeichnete man daraufhin eine dramatische Erhöhung des Unfallgeschehens. Nachdem dort das Tempo auf 120 km/h gesenkt wurde, nahmen auch die Unfallzahlen deutlich ab (insbesondere Personenschäden).

Ab 2005 stiegen die Unfälle allerdings



Kreuze an der Autobahn – international verständlich

Foto: PK BAB Braunschweig

stöße pro Stunde festgestellt (es wurden nur Verstöße mit weniger als der Hälfte des vorgeschriebenen Mindestabstandes erfasst).

Ein Drittel der festgestellten Verstöße wurde von ausländischen Fahrzeugführern begangen.

der deutschen Verkehrswacht, am Straßenrand große sichtbare Kreuze als Mahnung aufzustellen sowie verschiedene Banner, die z. B. auf die Raserproblematik aufmerksam machen sollen.

Parallel müssen die Verkehrsmanagementsysteme verbessert und miteinander



vernetzt werden, um eine hohe Homogenisierung der Verkehrsströme zu erreichen – z. B. durch möglichst gleichmäßige Geschwindigkeiten (Spitzen rausnehmen) und Überholverbote für LKW auf bestimmten Strecken, bzw. zu bestimmten Zeiten, um den Verkehr flüssiger zu gestalten.

Drei Fragen an ...

Kollege Schwaninger, kommen wir künftig um ein Tempolimit auf Deutschlands Autobahnen herum?

Ich fürchte ja, da ich der Politik nicht zutraue, in dieser Frage eine vermeintlich unpopuläre Entscheidung zugunsten eines generellen Tempolimits zu treffen.

Wie könnte eine „praktikable und akzeptable Entschleunigung“ auf bundesdeutschen Autobahnen Ihrer Meinung nach differenziert aussehen?

Mit Blick auf die am stärksten belasteten Autobahnen in Deutschland müssen wir auf Verkehrsmanagementsysteme setzen, die bundesweit miteinander vernetzt sind. Dabei können z. B. durch Wechselverkehrszeichen, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Überholverbote und Anzeigen zur Fahrstreifenbenutzung notwendige Hinweise zur optimalen Nutzung des Verkehrsraumes gegeben werden. Weiterhin sind Informationstafeln für Freitextangaben an exponierten Stellen vorzusehen, die wichtige Hinweise auch mehrsprachig geben können.

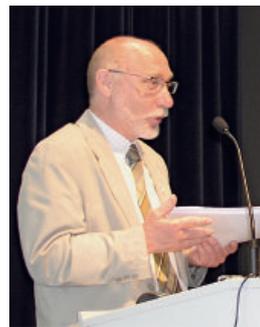
Auch ein verbessertes Baustellenmanagement (u.a. rund-um-die-Uhr bauen, Verlagerung von Tagesbaustellen und

All das greift aber nur mit ausreichender Verkehrsüberwachung.

Darüber hinaus müssen elektronische Abstandswarn- und ggf. -eingreifsysteme mindestens für LKW zur gesetzlichen Pflicht werden. Auch sollte es eine bessere Verfolgung der von ausländischen Fahr-

Pflegearbeiten in verkehrsarmen Zeiten) trägt zu einem besseren Verkehrsfluss bei.

Aus polizeilicher Sicht ist hinzuzufügen, dass eine konsequente, mit hinreichend Personal ausgestattete Verkehrsüberwachung zur Verstetigung des Verkehrs beiträgt. Denn: Verkehrsunfälle ent-



EPHK Hubert Schwaninger, Leiter der Autobahnpolizei Braunschweig Foto: tetz

stehen fast ausschließlich durch vorsätzliches oder fahrlässiges menschliches Fehlverhalten. Vor dem Hintergrund ist daher jeder, in Kenntnis eines vorhandenen polizeilichen Überwachungsdrucks, ver- hinderte Verkehrs-unfall

Verstöße gegen geltendes Recht in Deutschland können aufgrund fehlender internationaler/europäischer Rechtsabkommen bei ausländischen Fahrern oftmals nicht geahndet werden. Welche

zeugführern begangenen Verkehrsverstöße (Datenaustausch) geben. Und Hubert Schwaninger ging so weit, dafür eine Halterverantwortlichkeit auch in Deutschland zu fordern, was ihm von den Beteiligten des GdP-Forums deutlichen Applaus einbrachte.

Möglichkeit gäbe es, das schnell und unkompliziert zu regeln?

Zielführend sind hier mindestens europäische Regelungen zum Datenaustausch, zur Halterverantwortlichkeit bis hin zum vereinheitlichten Inkassoverfahren.

Zurzeit können von Ausländern in Deutschland begangene Verkehrsdelikte fast ausschließlich nur dann geahndet werden, wenn die Betroffenen/Beschuldigten angetroffen werden, eine Sicherheitsleistung festgesetzt und ein Zustellungsbevollmächtigter bestimmt werden können. Das hat zur Folge, dass ein großer Teil der durch automatisierte Verfahren auf Autobahnen und Schnellstraßen festgestellten Verstöße nicht verfolgt werden, weil nachträgliche Halterfeststellung, Ermittlungen und ggf. Inkassoverfahren ins Leere laufen würden und daher gar nicht erst eingeleitet werden. Im Rahmen der Verkehrsüberwachung in unserem Bereich stellen wir fest, dass so ca. 1/3 aller festgestellten Verstöße nicht geahndet wird. Die regelmäßig von der Polizei mit großem Personal- und Zeitaufwand durchgeführten Überwachungen mit Anhalten der Verkehrsteilnehmer sind hier nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man berücksichtigt, dass wir beispielsweise in der Überwachung der Hauptunfallursache bis zu 120 Verstöße pro Stunde feststellen.

**Dietmar Oeliger,
NABU e. V.:**

Zerschnittene Lebensräume vernetzen

Souverän und faktenreich machte Dietmar Oeliger vom NABU (Naturschutzbund Deutschland e.V.) auf die Probleme im Naturschutz aufmerksam, die durch den zunehmenden Straßenverkehr und durch weiteren Straßenbau verursacht werden. Wer sich jemals über die grünen Brücken auf Autobahnen amüsiert hat, war durch seinen Vortrag eines Besseren belehrt: Indem er die Lebensräume und das Wanderverhalten unserer heimischen Tierwelt auf Karten vorstellte und dann darauf einfach das Autobahnnetz legte, war jedem klar, wie die Wanderlandschaft der Tiere bereits regelrecht zerschnipst ist. Unzerschnittene Lebensräume gibt es nur

noch wenige – vornehmlich im Osten und Norden Deutschlands.

Die Folgen der zerschnittenen Lebensräume: Artensterben und Wildunfälle.

Ziel müsse daher sein, die Lebensräume zu vernetzen. Der NABU hat einen Bundeswildwegeplan erstellt, der

„Es gibt kein rationelles Argument gegen ein Tempolimit.“

das Wanderverhalten der Tiere darstellt und die größten Konfliktpunkte (zurzeit 125 Konfliktpunkte des „vordringlichen Bedarfs“) in den überregionalen Wand-

erkorridoren identifiziert. Die Wanderungshindernisse, insbesondere die Autobahnen, müssen Tiere überwinden können, ohne selbst unter die Räder zu kommen oder die Autofahrer zu gefährden. Dazu dienen diese Grünbrücken und Unterführungen.

Die Forderungen des NABU: 125 Querungsbauwerke – also Grünbrücken und Unterführungen – bis 2020 mit einer dauerhaften Finanzierung. Und: Sicherung der Wanderkorridore durch die Raumordnung.

Hinsichtlich des Güterverkehrs auf Deutschlands Straßen ist der NABU-Standpunkt eindeutig: Der Güterverkehr



müsse einen eigenen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten, mehr Gütertransporte gehören auf die Schiene, zwischen den Verkehrsträgern sei Chancengleichheit notwendig und es wird eine Internationalisierung der externen Kosten in die LKW-Maut angeregt. Nach dem Vorbild der Schweiz wird außerdem gefordert, die LKW-Maut auf alle LKW ab 12 t auszuweiten und anzuheben. Und Gegaliner sollten europaweit verboten bleiben.

Darüber hinaus machte Dietmar Oeliger aus seiner Haltung zum Tempolimit keinen Hehl: „Es gibt kein rationelles Argument gegen ein Tempolimit.“

Drei Fragen an ...

Herr Oeliger, wie viele Wildunfälle haben wir mit welchen Folgen pro Jahr bundesweit zu verzeichnen?



Dietmar Oeliger,
Referent für Verkehrspolitik beim Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU)

Im Jahr 2007 wurden fast 240.000 Wildunfälle bei den Kfz-Versicherern gemeldet. Insgesamt bezahlten die deutschen Autoversicherer rund 490 Millionen Euro für diese Schäden. Über 600 Menschen wurden schwer verletzt.

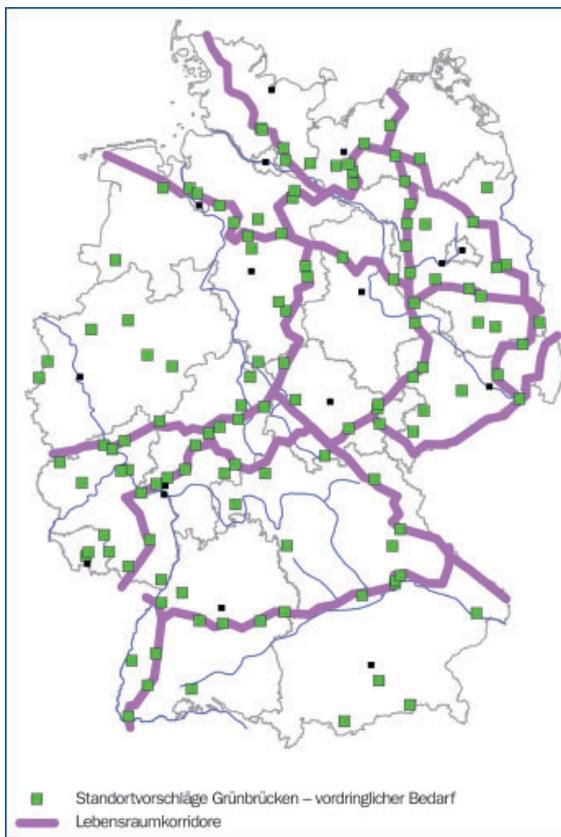
Wie realistisch ist ihre Forderung nach 125 Querungsbauwerken bis 2020?

Die Finanzierbarkeit der erforderlichen Maßnahmen steht für den NABU außer Zweifel und damit ist die Umsetzung auch als realistisch einzuschätzen. Bei einem

Gesamtetat des Bundesverkehrsministeriums von über 24 Milliarden Euro und Maut-einnahmen von 3,1 Milliarden Euro im Jahr 2007 bewegt sich die vom NABU ins Gespräch gebrachte Summe von jährlich 30 Millionen Euro im Promillebereich. Sie bleibt hinter dem finanziellen Aufwand, den z. B. die Niederlande in diesem Zusammenhang betreiben, deutlich zurück. Mit der Vorlage des Konjunkturpakets II ergab sich ein erstes Fenster, um einige Maßnahmen dem Bundesverkehrsministerium zur direkten Umsetzung zu empfehlen; die letzte Entscheidung steht jedoch noch aus. Letztlich braucht Deutschland ein umfassendes bundesweites „Entscheidungsprogramm“, vergleichbar den erfolgreichen Programmen in den Niederlanden und der Schweiz. Der NABU fordert dies eingebettet in ein Bundesprogramm Biologische Vielfalt, das dringend in Angriff genommen werden muss.

Sie sagten in Ihrem Referat: „Es gibt kein rationelles Argument gegen ein Tempolimit.“ Warum ist dann immer noch die Mehrheit dagegen und wie sehen Sie die Chancen für ein solches?

Die Ergebnisse schwanken, aber schon mehrfach gab es eine Mehrheit in Umfragen für ein Tempolimit auf Autobahnen. Dies ist meist dann der Fall, wenn logisch nachvollziehbare Argumente wie der Klimawandel oder Statistiken von Verkehrstoten gerade im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Dennoch: Schneller fahren



macht vielen Menschen einfach Spaß, und solange sie nicht persönlich betroffen sind, geht man halt davon aus, dass es schon irgendwie gut gehen wird. Dies ist in vielen anderen Bereichen ähnlich. Es gibt jedoch derart viele erdrückende Argumente für ein Tempolimit, dass sich die Politik als Entscheidungsorgan für einen Moment besinnen und eine auf den ersten Blick unpopuläre Maßnahme durchsetzen sollte. Wir Deutschen werden uns schnell daran gewöhnen, so wie wir es auch schon bei der Umstellung der Postleitzahlen oder der Rechtschreibreform geschafft haben. Auch da war das „Entsetzen“ im Vorfeld groß.

Rainer Hillgärtner,
Pressesprecher ACE:

Von alten Gewohnheiten lösen

Als Vertreter des gewerkschaftlichen Automobilclubs ACE machte Rainer Hillgärtner auf die „nicht endende Geschichte mit Episoden voller Widersprüchlichkeiten“ im Dreiklang Auto, Mensch und Straßenverkehr aufmerksam: „Wir ärgern uns über den Stau, als wären nur all die anderen, aber nicht wir selbst die Verursacher der Verkehrsblockade. Wir regen uns auf über Feinstaub und Klimawandel und beanspruchen gleichzeitig Aus-

nahmen für die Zufahrt in die städtischen Umweltzonen. Wir kommen mit unserem Auto längst nicht mehr so schnell von A

„Wirklich starke Autos sind schwach im Schadstoffausstoß.“

nach B. Aber deshalb gleich Bus und Bahn besteigen? Wir bauen Unfälle, doch inves-

tieren wir viel lieber in eine Sitzheizung statt in ein Bremsassistentensystem.“

Wer unsere mobile Gesellschaft wirklich zukunftstauglich machen will, der sollte sich von alten Gewohnheiten zu lösen versuchen, Blockaden im eigenen Kopf beiseite räumen. Dabei gehe es keineswegs um einen höchst unrealistischen Ausstieg aus der automobilen Gesellschaft. Aber fragen könne man schon: Wie viel Pkw







braucht der Mensch? Wie kann das Auto genutzt und der Verkehrskollaps dennoch verhindert und wie der Klimawandel gebremst werden? Wie lässt sich Mobilität für

„Was wir nicht brauchen, sind Lkw-Monster namens Gigaliner.“

alle sicherstellen? Welches Verkehrsmittel hat wann Vorfahrt? Muss Mobilität grenzenlos sein oder kann sie reguliert werden?

Hier allein auf Vernunft und Einsicht bauen oder gar auf die Selbstheilungskräfte des Verkehrsmarktes, bringe nichts. Es bedürfe einer steuernden Politik, die sich nicht scheut dort einzugreifen, wo es im Interesse der Menschen und der Umwelt



Rainer Hillgärtner, Pressesprecher beim ACE

ten noch ein Spaßfaktor dabei ist. Genau hier steckt unser Blockadeproblem: Mobilität beginnt zwar im Kopf. Aber nur wer sich dahinein einen emotionalen Zugang verschafft, übernimmt in unserer Diskussion tatsächlich eine neue Meinungsführerschaft. Diese Befähigung geht selbst ambitionierten Verkehrspolitikern leider völlig ab.

Und er nimmt die Industrie mit ins Boot bei der Vision von einer humanen Verkehrswelt: Abschied vom Rennwagen als Leitbild der Automobilentwicklung,

geboten ist. Schneller reisen, so Rainer Hillgärtner, sei nicht alles. Sicher ankommen sei wichtiger. Also: Mobilität mit Vernunft. Nicht freie Fahrt für wenige, sondern sichere Mobilität für alle. Kooperation und Partnerschaft statt Risiko und Rivalität. Verantwortung statt Gleichgültigkeit.

Sie möchten Senioren eine verkehrspolitische Stimme geben. Wie könnte das aussehen?

Den Senioren müssen wir – streng genommen – gar keine extra Stimme geben; sie haben schon eine, die müssen sie nur noch vernehmbar in ihrem Interesse einsetzen. Ein Schlüsselbegriff, der uns hierbei umtreibt, lautet: Entschleunigung – etwa, wenn es um das Tempo der Wechselintervalle von Ampeln geht oder um die Geschwindigkeit von Rolltreppen und Drehüren. Hinzu kommt: Manche Bedienelemente im Auto sind keine Hilfe mehr,

sondern Auslöser purer Verzweiflung. Und wie sichern wir eigentlich Mobilität von älteren Menschen in ländlichen Räumen, die sich in bestimmten Regionen ja schon regelrecht entvölkern? Dort stehen immer noch Umgehungsstraßen im Soll der Verkehrsplanung, wo es doch viel sinnvoller wäre, bedarfsgerechte Konzepte für Bürgerbusse und Senioren-Services für Mitfahrgelegenheiten zu entwickeln.

Neben sicheren, funktionstüchtigen Verkehrswegen, weiteren Maßnahmen zur Unfallverhütung und humanen Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Verkehrsbetrieben forderte er „eine starke Verkehrspolizei, die in die Lage versetzt wird, nachhaltig Prävention und Überwachung zu betreiben und der es künftig auch erlaubt wird, Section Control anzuwenden“.

In puncto Klimaschutz appellierte er auch an die Käufer: „Wirklich starke Autos sind schwach im Schadstoffausstoß“.

Und mit Blick auf die alternde Gesellschaft machte er darauf aufmerksam, dass Senioren eine „verkehrspolitische Stimme“ gegeben werden müsse, die auch gehört wird. „Wir müssen die Politiker auf den Handlungsbedarf hinweisen.“

Und Ihre Meinung zu einem Tempolimit auf Deutschlands Autobahnen?

Wir setzen lieber auf modernes Geschwindigkeitsmanagement via Verkehrs-telematik statt auf eine unveränderlich fixierte Geschwindigkeitsbegrenzung. Schließlich können – je nach Verkehrslage – entweder Tempo 60 km/h geboten oder auch mehr als 130 km/h erlaubt sein. Geschwindigkeit ist für uns vor allem anderen im Zweifel immer eine Frage der Verkehrssicherheit, aber keine Frage der Ideologie.

Die polizeiliche Arbeit muss sich auf die Tätigkeitsfelder Prävention, Repression (grundsätzlich ganzheitlich und kontinuierlich) und die Öffentlichkeitsarbeit erstrecken. Es gelte also: vorbeugen, sanktionieren, informieren (verbal oder über

Drei Fragen an ...

Herr Hillgärtner, Sie machten in Ihrem Referat darauf aufmerksam, dass unsere mobile Gesellschaft nur dann zukunfts-tauglich zu machen sei, wenn Blockaden im eigenen Kopf beiseite geräumt werden; was meinen sie damit genau?

Es ist doch so, dass wir uns auch vom Verstand her gerne nur auf eingefahrenen Gleisen bewegen. Mit der Macht der Gewohnheit investiert jeder von uns ein Leben lang im Schnitt 312.000 Euro in seine automobilen Träume. Die Frage beispielsweise, ob sich zur Abwechslung ein anderes Verkehrsmittel möglicherweise besser dazu eignet, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, lassen wir lieber unbeantwortet. Dabei liegt gerade die Zukunft der individuellen Automobilität in der vielfältigen Nutzung verschiedener Verkehrsmittel, zumal dann, wenn sie effizient miteinander verknüpft sind und am bes-

Arbeitskreise

Die Forumteilnehmer ließen ihre verkehrspolitischen und -praktischen Erfahrungen, Kenntnisse und Auffassungen in vier Arbeitskreise einfließen. Die dort erarbeiteten Ergebnisse werden als wesentliche Grundlage in einem künftigen verkehrspolitischen Programm der GdP Berücksichtigung finden. Hier die Quintessenz aus den Arbeitskreisen:

Arbeitskreis 1: Welche Schwerpunkte sollen in der verkehrspolizeilichen Überwachung gesetzt werden?

Europaweit, so die einhellige Meinung, müsse die „Vision Zero“ angestrebt wer-

den. Die Anzahl der im Straßenverkehr Getöteten müsse von 2002 bis 2012 um die Hälfte sinken.

Deutschlandweit sei ein nationaler Verkehrsüberwachungsplan sinnvoll, der

zielgruppenorientiert v. a. Geschwindigkeit, Alkohol/Drogen, Gurtpflicht/Kindersitze und den gewerblichen Personen-/Güterverkehr im Blick habe. Dabei sollte jeder Verstoß grundsätzlich sanktioniert werden.

Die polizeiliche Arbeit muss sich auf die Tätigkeitsfelder Prävention, Repression (grundsätzlich ganzheitlich und kontinuierlich) und die Öffentlichkeitsarbeit erstrecken. Es gelte also: vorbeugen, sanktionieren, informieren (verbal oder über



Flyer z. B.) und überzeugen (auch mit „Schockvideos“).

Was die „Halterhaftung“ betrifft, so müsse das juristisch komplizierte Thema von Fachleuten zeitnah diskutiert werden. Vielleicht könne man mit Verwarnungsgeldern beginnen. Hier sei Rückhalt aus der Politik gefragt, u. a. vor dem Hintergrund der Regelungen in anderen europäischen Staaten.

Als hoheitliche Aufgaben werde sich



Foto: Torsten Silz/ddp

die polizeiliche Tätigkeit nach wie vor auf die Verkehrsüberwachung, Verkehrsunfallaufnahme und auf Großraum- und Schwertransport (hier jedoch nur die Begleitung, nicht die sog. Abfahrtkontrolle) konzentrieren. Ausreichend Personal dafür müsse garantiert sein.

Insgesamt sei großer Wert darauf zu legen, dass „Polizei als Vorbild“ wahrgenommen werde – das liege sowohl in der Selbstverantwortung als auch in der Führungsverantwortung.

Arbeitskreis 2: Ist ein Geschwindigkeitslimit sinnvoll?

Die Diskussion machte sich an den Punkten Sicherheit, Mobilität, Umweltschutz, Verkehrsbelastung und Arbeitsschutz fest. Dabei gingen die Meinungen fast hälftig auseinander.

Die Gruppe, die sich für ein generelles Tempolimit aussprach, argumentierte mit der Homogenität des Verkehrs, verminderten Unfallfolgen, mit ökologischen und ökonomischen Vorteilen und erhöhtem Arbeitsschutz. Mit Hinweis auf europaweite begrenzte Geschwindigkeiten fasste der Arbeitskreis zusammen: „Gesamteuropa kann nicht irren“.

Die Gegner bzw. Skeptiker eines generellen Tempolimits forderten eher den verstärkten Einsatz von Verkehrsmanagementsystemen. Sie befürchteten, dass bei den Autofahrern das Denken ausgeschaltet würde. Und sie bezweifelten ein Abnehmen der Verkehrsverstöße aufgrund eines generellen Tempolimits. Mancher befürchtete eher eine „Abzocke“.

Arbeitskreis 3: Wie kann der Verkehrsüberlastung begegnet werden?

Der große Wurf in dieser Frage könne nur aus vielen wirksamen Einzelmaßnahmen bestehen. Die AK-Mitglieder favorisierten insbesondere Verkehrswege optimal zu nutzen (Standspur mit einbeziehen, Verkehrsmanagementsysteme einsetzen, Baustellenmanagement einschl. Staumanagement verbessern, Verlagerung von Verkehren in verkehrsarme Zeiten – GST bis einschl. Sonntagvormittag – und Einbeziehung des Regionalverkehrs), die Verlagerung von Verkehren (kombinierte Transportvarianten sollten z. B. durch Mautreduzierung/-befreiung stimuliert werden) und den verstärkten Ausbau von Verkehrswegen (bezogen auf die gesamte Infrastruktur, nicht nur auf das Straßenverkehrsnetz).

Polizeiliche Prävention und Repression seien ebenfalls sinnvoll, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und damit Verkehrsüberlastungen (z. B. Staus aufgrund von Unfällen) zu minimieren. Allerdings bedürfe es dafür hinreichend Personal – so die einmütige Forderung.

Arbeitskreis 4: Weiterentwicklung des verkehrspolitischen Programms der GdP

Über wesentliche Punkte, die in ein aktualisiertes verkehrspolitisches Programm

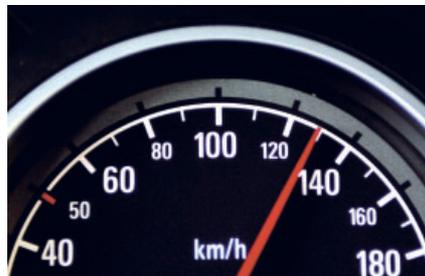


Foto: Sascha Schuermann/ddp

der GdP gehören, machte sich die AG IV Gedanken. Fazit: Als wesentliche Grundbausteine müssen Prävention und Repression stärker in den Fokus rücken. Die Experten waren sich darüber hinaus einig: Die Problematik Straßenverkehr mit ihren zahlreichen Facetten braucht „Spezialisten in der Polizei“. Die Kollegen des Arbeitskreises machten darauf aufmerksam, dass Spezialistentum durch das Erfordernis von Verwendungsbreite zur persönlichen Weiterentwicklung verloren gehe – hier müsse die GdP stärker fordernd werden.

Differenziert müssten Bedürfnisse und Verhalten bestimmter Gruppen von Verkehrsteilnehmern betrachtet werden (u. a. Kinder, Jugendliche, Senioren, Fußgänger/

Radfahrer/Kradfahrer). Stärkere Beachtung müsse dem Schwerlastverkehr, den Sozialvorschriften und der Parkflächenproblematik gelten. Positionierungen werden sowohl zur Halterhaftung, Klimaproblematik (und damit zum Tempolimit bzw. zur Homogenisierung der Verkehrs-

ströme) sowie zur schlechten Verkehrsmoral auf Deutschlands Straßen erwartet.

Ein ganz wesentlicher Punkt müsse der täglichen Arbeit, der Ausbildung und Ausstattung unserer Kolleginnen und Kollegen gewidmet werden.

Der Startschuss für ein aktuelles verkehrspolitisches Programm der GdP sei gegeben. In den nächsten Monaten werden sich Verkehrsexperten der GdP an die Erarbeitung der Inhalte machen. Im kommenden Jahr werde es dann der Öffentlichkeit und der Politik vorgestellt.

Podiumsdiskussion: Faktor Mensch nicht vergessen

Die Podiumsdiskussion auf dem GdP-Verkehrsforum brachte es in ihrer zum Teil recht kontrovers geführten Diskussion auf den Punkt: Es spielen enorm viele Faktoren und Interessen in die Problematik

vollziehbar, warum man hier erst auf eine EU-Entscheidung warten müsse. Der Einbau in deutsche Fahrzeuge wäre ein Anfang (z. B. Abstandssysteme, Notbremssysteme). Der Stauvermeidung würden auch Über-

holverbote von LKW zu bestimmten Tageszeiten dienen – ein probates Mittel auf überlasteten Autobahnen und durchaus vernünftig. Genauso vernünftig seien Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf Autobahnen und

situationsangepasste Geschwindigkeiten. Und die Befürworter eines Tempolimits untersetzen noch einmal: Tempolimit sei kein wirklich großer Baustein, aber er stehe sofort zur Verfügung und sei die einfachste, sparsamste und umweltfreundlichste Maßnahme. Überhaupt sei doch bitte der Faktor Mensch nicht zu vergessen. Gute Beispiele, wie



WDR-Journalist Wolfgang Kapust (Mitte) moderierte die Podiumsdiskussion der in Potsdam unter dem GdP-Dach versammelten Verkehrsexperten. v.l.: Detlef Meenke vom Verband Deutscher Reeder VDR, Johannes Wiczorek, der „Masterplan Referatsleiter“ beim BMVBS, Dietmar Oeliger vom Naturschutzbund Deutschland e.V., MdB Heidi Wright von der SPD, Wolfgang Blindenbacher, Stabschef der Polizei im IM NRW, Karsten Sachsenröder von der DB Schenker Rail GmbH und Prof. Dr. Karlheinz Schmidt, Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V.

Foto: Holecek

LKW-Fahrer sich für die ureigensten beruflichen Themen interessieren, miteinander ins Gespräch kommen und so sich fortbilden, seien z. B. Fernfahrerstammtische.

In puncto Klimaschutz sollten die Verursacher von Klimabelastungen adäquat an den Kosten beteiligt werden.

Verkehrsüberlastung durch LKW-Staus hinein. Hier einige diskutierte Themen:

Wer den Fakt im Hinterkopf hat, dass der Straßenverkehr fünf Mal schneller als der Schienenverkehr wächst, muss einfach nach annehmbaren Lösungen suchen, um LKW-Transporte auf den Autobahnen zu reduzieren. Daher wurden intelligente Konzepte angemahnt, um Langstreckentransporte auf die Schiene zu verlagern. Es bedürfe mehr schienenlogistischer Leistungen.

Einstimmig wurde die Forderung nach Flexibilisierung von Baustellen- und Stau-Management aufgestellt.

Überaus wichtig sei die Polizeipräsenz auf Autobahnen – präventiv aber auch repressiv.

Bei der Ausrüstung der Fahrzeuge mit Fahrerassistenzsystemen sei es nicht nach-

Wichtig und richtig sei es, so Frank Richter in seiner Abschlussansprache, dass sich die GdP drängend in die verkehrspolitische Diskussion einmische, denn künftig müsse man – wie es mehrfach im Forum betont wurde – mit noch schlimmeren Entwicklungen auf unseren Autobahnen zu rechnen. Jeder Stau koste Geld und berge Unfallgefahren. Unfair wäre es allerdings, diese Entwicklung lediglich einer amtierende Regierung anzukreiden. Die Weichen wurden Jahre

davor bereits falsch gestellt. „Nein, gerade der heutigen Bundesregierung muss man Lob zollen, weil sie sich nicht hinter dieser Erblast versteckt, sondern nach Lösungen im breiten gesellschaftlichen Dialog sucht“, so Frank Richter. Daher sei die Initiative des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die er mit dem „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ ins Leben gerufen hat, außerordentlich begrüßenswert. Und er wertschätzte in diesem Masterplan die Einla-

Frank Richter: Jeder Stau kostet Geld und birgt Gefahren



derung an alle gesellschaftlichen Kräfte, die in irgendeiner Weise mit dem Straßenverkehr verbunden sind, sich in die Diskussion einzubringen und an einer gemeinsamen, tragfähigen Lösung zu arbeiten. Nicht zuletzt deshalb habe die GdP ihr 2. Verkehrsforum zu diesem Thema durchgeführt.

„Die Polizei ist wie kaum eine andere Organisation mit den Schattenseiten des Straßenverkehrs vertraut. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind es, die das menschliche Leid gerade bei schweren Verkehrsunfällen als Erste und ungeschützt erleben müssen.“



Frank Richter – als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP u. a. zuständig für Verkehrspolitik

Darüber hinaus bestehe die klare Forderung, mehr Personal für die Verkehrsüberwachung zur Verfügung zu haben. Zwar werde gegenwärtig vielerorts das Minus minimiert, aber ein Ausgleich sei noch kein Plus. Das aber sei dringend erforderlich, wenn effektiv präventiv gearbeitet werden soll.

Frank Richter scheute nicht, weitere entscheidende Fragen zu benennen, die dringend einer Antwort bedürfen: Wie kommt es zu einem solchen enormen Aufkommen schwerer Nutzfahrzeuge? Ist jede Fahrt notwendig? Sind die Fahrzeuge auf Hin- und Rückfahrt ausgelastet? Warum nutzt die verladende Wirtschaft nicht intensiver die Bahn? Und an die Adresse der Bahn: War es nicht ein Fehler, den „im-Auftrag-der-Bahn-Dienst“ wie man ihn früher gekannt hat, zu eliminieren? Was ist dran an der Theorie, dass die Schienenkreuzungen an neuralgischen Stellen des Schienennetzes unterdimensioniert sind? Warum wurde ein Großteil des gesamten Schienennetzes zurückgebaut?

Sein Unverständnis drückte Frank Richter auch in Richtung bestimmter Umwelt-Politiker aus: „Einerseits wird propagiert, Gütertransporte von der Straße auf die Schiene und auf Binnenwasserstraßen zu verlagern. Das sei umweltschonender, wird dem Bürger klar gemacht. Andererseits verhindert dieselbe Politik aber den Ausbau der Schienennetze und die Vertiefung bestimmter Schifffahrtswege.“

Gut daher, dass auf dem GdP-Verkehrsforum hochkarätige und engagierte Referenten und Diskutanten zu Wort und miteinander ins Gespräch kamen. Die Probleme seien zwar hausgemacht, aber aufgrund ihrer Verzahnung als hochkomplexes System nicht so einfach zu verändern.

„Ich glaube allerdings, eine gewisse Aufbruchstimmung wahrgenommen zu haben. Jedem der Diskutanten ist klar, dass es mit der Verkehrsbelastung auf unseren Straßen nicht wie bisher weitergehen kann. Eine Lösung kann nur im Konsens erfolgen. Ich bin mir sicher, dass ein solcher nicht nur viel Engagement, sondern auch eine Menge Geld kosten wird. Wichtig ist, dass es bei diesem Prozess keine Verlierer geben darf.“

Auch wenn die GdP hinsichtlich der Lösung des anstehenden Verkehrsproblems mit ihrem Forum keine Geschichte geschrieben habe, so konnte sie zumindest an einer konstruktiven Lösung der Probleme mitwirken“, resümierte Frank Richter und betonte, dass sich die GdP dem Thema weiter verpflichtet fühlen werde.

Texte: M. Tetzner

Justiz ermittelt wegen Mordversuchs an Polizeibeamten

Diesmal warteten sie nicht einmal die Dunkelheit ab: Wenige Minuten, nachdem sich in Berlin der Zug unter dem Motto „Kapitalismus ist Krise und Krieg“ des Linkspartei-Politikers Kirill Jermak mit 5.000 Teilnehmern in Bewegung gesetzt hatte, brach die Gewalt aus: Rund 400 Chaoten aus dem Schwarzen Block warfen die ersten Flaschen auf Anti-Konflikt-Teams (AKT's) der Polizei, die mit den Demonstranten mitmarschierten.

Eine Polizeieinheit, die in der Kreuzberger Mariannenstraße auf dem Gelände einer Tankstelle in Bereitschaft lag, wurde unvermittelt mit einem Hagel aus Pflastersteinen und mit Brandsätzen beworfen. Allein in Berlin wurden 273 Polizeibeamtinnen und -beamte verletzt. Die Befürchtungen, dass der 1. Mai 2009 brutaler und gewalttätiger verläuft, bestätigten sich. Und nicht nur in Berlin.

Auch in Hamburg, Ulm und anderen Städten kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. In Dortmund griff eine Gruppe von rund 300 Neonazis Teilnehmer einer DGB-Demonstration und Polizeikräfte mit Steinen, Stangen und Knallkörpern an. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Die Menschenverachtung und Brutalität, mit der militante Autonome aus der linken und der rechten Ecke gegen Kolleginnen und Kollegen vorgehen, hat eine neue Qualität erreicht. Sie jagen Polizisten und suchen

die gewalttätige Auseinandersetzung.“ Schon die Vorzeichen ließen Schlimmes befürchten.

Der Staatsschutz ermittelte in Berlin wegen 1.-Mai-Plakate, die einen brennenden Polizisten zeigen. Unter der Fotomontage steht: „Wir wollen die Bullen aus unserem Kiez vertreiben, jeden Tag und besonders am 1. Mai! Zerstört ihre Fahrzeuge!“

Immer wieder attackierten die Randalierer die Beamtinnen und Beamten mit Steinen, Flaschen und Feuerwerks-



Der Vorabend des 1. Mai endete in Berlin nach einem friedlichen Beginn in Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Randalierern. Foto: dpa



Randale am 1. Mai abends in Kreuzberg

Foto: ddp

körpern. Die Gewalttäter attackierten auch zwei Fahrzeuge des Verkehrsdienstes und beschädigten sie erheblich. Die Besatzungen konnten sich in Sicherheit bringen. Ein Beamter erlitt einen Schock. Rund 700 Gewalttäter griffen die Polizei immer wieder mit Steinwürfen an, flüchteten von dort in das von rund 34.000 Menschen besuchte „Myfest“, formierten sich neu, um anschließend erneut gegen die Einsatzkräfte vorzugehen.

Es wurden Müllcontainer angezündet und Hindernisse auf die Straßen geworfen. Bis in die frühen Morgenstunden kam es zu Stein- und Flaschenwürfen auf Polizeibeamtinnen und -beamte. Drei Beamte wurden aus einem Hochhaus mit einer brennbaren Flüssigkeit begossen.



MAI-KRAWALLE

Sie fingen kurzzeitig Feuer, konnten aber unmittelbar abgelöscht werden und blieben unverletzt.

Die Polizei nahm 289 Personen fest, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. Erstmals wurde gegen vier von ihnen Haftbefehl wegen versuchten Mordes erlassen. Den mutmaßlichen Tätern wird vorgeworfen, jeweils zu zweit Brandsätze auf Polizisten geworfen zu haben. Der Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch: „Die Zahl der Gewalttäter war in diesem Jahr höher, die Gewalttaten begannen früher und die Angriffe gegen Polizeibeamte waren heftiger als im Vorjahr. Die eingesetzten Kräfte haben das bewährte Einsatzkonzept, zu dem es auch in Zukunft keine Alternative gibt, konsequent umgesetzt. Durch ihr entschlossenes Vorgehen und einer hohen Zahl beweisicherer Festnahmen, konnte die Gewalt begrenzt werden.“

In Dortmund ermittelt die Polizei gegen 280 Neonazis wegen Verdachts auf Landfriedensbruch. Bei den Krawallen im Hamburger Schanzenviertel wurden sechs Beamte verletzt. 24 Randalierer wurden in Gewahrsam, weitere 23 festgenommen.
hol.

Autonomenangriff auf die Polizei

Die Gewaltspirale hat sich am 1. Mai dieses Jahres wieder nach oben gedreht. Jedenfalls war das in Berlin-Kreuzberg deutlich zu beobachten.

Zunächst schien sich die positive Entwicklung der letzten Jahre fortzusetzen. Bei schönem Wetter feierten viele Tausend im legendären Kiez SO 36 ihr mittlerweile bewährtes Myfest. Die Mittagsdemos hatten kaum noch Zulauf. Musik, Spiele für Kinder und Essen und Trinken standen im Vordergrund. Und doch lag die berüchtigte „revolutionäre“ 18-Uhr Demo in der Luft ...

Schon relativ früh strömten dann auch einige tausend Teilnehmer zusammen und scharten sich um den Lautsprecher-sattelzug. Überwiegend junge bis sehr junge Gesichter waren zu sehen. Sie wurden szenetypisch mit Rapsongs angeheizt; auch einige Redebeiträge von einer nicht sonderlich friedliebenden Diktion waren zu hören.

Die Polizeikräfte an der Spitze hatten keine Helme auf. Alle – Polizei, Beobachter, Presse und wohl auch die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer – rechneten mit zwei Stunden mehr oder weniger aggressivem Umzug und anschließender traditioneller Randalen.

Gewalt von Anfang an

Dieses Jahr sollte alles anders kommen: Nach nur wenigen Metern passierte die Demo-Spitze schwache Polizeikräfte, die eine Tankstelle sicherten. Unvermittelt erfolgte der Angriff: Aus einer unüberschaubaren Menge schwarz gekleideter und zum Teil



MAI-KRAWALLE

vermummter Chaoten flogen Flaschen und Steine. Die Polizeikräfte gingen hinter ihren Fahrzeugen in Deckung. Auch die gegenüber noch versammelten Deeskalationskräfte der Berliner Polizei

liert und dort über Stunden immer wieder mit Wurfgeschossen angegriffen. Gehwegplatten wurden herausgehoben und zu Steinbrocken zertrümmert. Es wurden Feuer entzündet, um die Polizeieinheiten

konzentrierten sich auf die Störer. Damit wurden Solidarisierungseffekte vermieden, die in früheren Krawalljahren oft auch eigentlich Unbeteiligte zu Straftaten verleitet hatten.



Den Berliner Kollegen blieb kaum Zeit, die Helme aufzusetzen.

wurden mit Wurfgeschossen eingedeckt. Und ehe man richtig begreifen konnte, was dieses Jahr abgehen sollte, schob sich die Demo auch schon ins Myfest.

Nach der aggressiven Durchquerung der feiernden Massen, die sich übrigens kaum dem Demo-Zug angeschlossen, war man wieder mit der Polizei allein: Sofort setzten Flaschen-, Stein und Böttlerwürfe ein. Immer mehr Polizisten wurden herangeführt, aber der tobende schwarze Mob walzte regelrecht durch die Straßen Kreuzbergs und war unmöglich zu stoppen. In den Gesichtern der Einsatzkräfte waren – völlig verständlich – vereinzelt schon panische Züge zu erkennen. Kurz darauf wurde der Spuk dann auch beendet. Selbst dem Anmelder musste klar geworden sein, dass hier kein Aufzug mehr unterwegs war, der im Entferntesten etwas mit dem Versammlungsrecht zu tun hatte.



Bundespolizisten im Angesicht des tobenden schwarzen Mobs

Fotos: Amler

Aggression gegen die Polizei als Versammlungsziel

Was dann folgte, wurde in den Medien hinreichend gezeigt und kommentiert. Der schwarze Block teilte sich auf und fortan wurde die Polizei von kleineren Gruppen attackiert: Vor der Kreuzberger Feuerwehr konnten zwei Polizeifahrzeuge gerade noch von herbeieilenden Polizeieinheiten evakuiert werden. Auf dem Weg zum Kottbusser Tor wurde weiter randa-

in das Myfest zu locken. Aus der Deckung der Feiernden wurde dann weiter attackiert. Die Brutalität erinnerte an längst vergangen geglaubte Krawallszenarien: Als ein Polizist bei einem Löschversuch ins Feuer ausrutschte, gab es bei den Umstehenden Gelächter und Gejohle!

Und dennoch: Aus Beobachtersicht war der Polizeieinsatz auch in diesem Jahr trotz der deutlichen Zunahme von Gewalterszenarien und der hohen Zahl von verletzten Polizisten erfolgreich. Das Myfest konnte weitgehend aus den Krawallen herausgehalten werden. Es gab viele Festnahmen und die Polizeimaßnahmen

Man wird nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können. Es ist ganz einfach nicht Aufgabe der Polizei, sich als Aggressionsziel für wild tobende und gewalttätige Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls sollte man dem schwarzen Block künftig nicht mehr den Schutzmantel des Versammlungsrechts überwerfen, indem man sie an einer angemeldeten Demonstration teilnehmen lässt. Denn was sie wirklich im Sinn haben, das haben sie am 1. Mai 2009 in zuvor nicht gekannter Eindeutigkeit unter Beweis gestellt.

Volker Amler, per E-Mail



„Das ist unsere Bühne!“

– Einsatzbericht eines Kollegen –

1. Mai 2009, wieder einmal ... Alles fängt wieder zum Sonnenaufgang an und es wird ein langer Tag – wie jedes Jahr. Erste Einsatzaufträge im Stadtgebiet sind von Gesprächen durchsetzt: Wie war die Walpurgisnacht? Erstaunlich ruhig. Nun die Diskussion, ob es etwas zu bedeuten hat. Bleibt es ruhig? Alles Spekulation – wie jedes Jahr. Nur das Wetter, das ist zu gut. Das Wetter war immer unser Partner oder Gegner. Die Motivation ist erstaunlich gut.

Ein Teil meiner Familie feiert wie immer Geburtstag ohne mich – wie fast immer seit 25 Jahren. Schnell telefonisch gratulieren,

Ruf ich Zuhause an? Ja! Wer weiß, was kommt.

Kurze Vorbereitung auf die veränderte Situation, dann neuer Auftrag. Ab nach Kreuzberg zum Kotti (Kottbusser Tor) mit Sonder- und Wegerechten im Hundertschaftsverband. Auf Grund der ersten Erkenntnisse vor der Abfahrt noch schnell die KSA anlegen, gut das es jetzt erfolgte.

Dämmerung, alte Erinnerungen werden wach, wie viel Zeit habe ich hier schon verbracht ... Kotti: Oh, oh. Da vorne geht es schon ab! Gedanken im Stakkato und das Zeitgefühl schwindet: Das ist doch nur ein Zug der Bundespolizei! Steine! Absitzen!

des Kotti sind keine Kräfte zu sehen, dafür alles voll mit bunter Mischung, am Rande sitzen sie noch ruhig beim Bier.

An die Hauswand! Körperkontakte. Unbeteiligte Zaungäste sacken verletzt zusammen. Mollis! Was mach ich hier eigentlich? Erst in der Mediendarstellung vom „Regierenden“ und Finanzsenator verhöhnt und jetzt von Teilen der Bevölkerung mit Steinen und Mollis beworfen ... Früher hatte ich das Gefühl, sie wären wenigstens auf unserer Seite. Absurd! Gedanken verdrängen, ich wollte in den 80-ern bewusst diesen Beruf!

Stärkere Angriffe von rechts! Unterstützung der Kräfte beim Räumen. Massive Angriffe in Wellen mit Steinen, dazu höhnische Kommentare von einer Bühne an der Adalbertstraße. Nach jedem besonders starken Angriff folgt nahtlos: „Das muss doch wohl noch besser gehen!“ – und die Menge jöhlt! Die Bühne müssen wir frei kriegen, sonst schaukelt sich das noch höher! Wir finden verbündete Kräfte ringen um die Bühne. Vorn am Mikro ein Antreiber: „Haut von unserer Bühne ab! Das ist unsere Bühne!“ Dieser Satz scheint heut' wieder für ganz SO36 Programm zu sein. Vier Ordner des My-Festes unterstützen ihn drohend. Verkehrte Welt, sie schützen die Bühne vor uns – warum? Hamburger Gitter im Weg, unsere Gitter! Und wir kommen nicht ran – pervers ...

Wieder Steine von der Seite. Sie haben erst einmal gewonnen, zur Seite, zur Hauswand! Jetzt tritt die im Hintergrund stehende Band nach vorn, stachelt mit hartem Beat an, alles tanzt, 5 m weiter fliegen wieder Steine und der Antreiber verschwindet nach hinten. Kreuzberger Mischung und keinen der Tänzer stört es. Neue Versuche, ein Kollege allein auf der Bühne bedrängt. Helfen!!! Alle Stecker ziehen. Jetzt haben wir Erfolg, keine Beats, es beruhigt sich schlagartig.

Neuer Auftrag, quer durch die Störer. Keine Wasserwerfer, die Distanz herstellen können. Der HuF lässt formieren, gewohnte klare Weisungen, nur nicht ins Rennen kommen! Er berücksichtigt die Psyche ... Jetzt wird Mut benötigt. Immer noch regelmäßig von der Mitte des Kotti Mollis, die augenscheinlich zünden. Sie haben dazugelernt! Geworfen werden sie nicht, wie sonst aus Häusern und Zugängen, sondern mitten vom Kotti. Wo kommen die her? Gab es Bunker? Vorkontrollen?



So weit das Auge reicht: schwarz Gekleidete und Vermummte.

Foto: ddp

jetzt ist Zeit.

Nach langer Anreise wollen NRW-Kollegen dort eingesetzt werden, wo voraussichtlich die meiste Hilfe nötig wird – in Kreuzberg.

Nach vielen Stunden Dienst bringen sie immer noch eine gute Motivation mit. Frühe Entlassung aus dem Bereich, neue Unterstellung und neuer Auftrag; kurze Ruhephase in einer Polizeiuferkunft. Für viele endlich eine vernünftige Ver- und vor allem Versorgungssituation. Wieder Diskussionen unter allen Kollegen, Lagebeurteilung „im Kleinen“. Philosophien über Einsatztaktiken und Berliner Erfahrungen.

Dann erste Erkenntnisse über den Beginn der 18-Uhr-Demo. Das klingt nicht gut!

Mittig der Straße Hundertschaftsverband! Deckung! Den ersten Steinen können wir ausweichen. Da sind ja Gehwegplatten und Ziegelsteine dabei! Dann Steine von vorn links, von rechts, von links, gegenseitig decken! Wie oft noch?! Alte Reflexe werden wach. Nach oben sichern, von oben kommt anscheinend nichts! Jetzt folgen die Einschläge, Schmerzen an der Hand, Polenböllern in Kopfhöhe – alle ducken sich instinktiv, Treffer an der Brust (zerbrochene Gehwegplatte), die Luft bleibt weg! Kurzer Schreck, dann bekomme ich wieder Luft! Glück gehabt.

Zwei Meter weiter ein Kollege mit Golfball großem Loch im Helm, strauchelnde Kollegen. Zusammenbleiben! In der Mitte

Jetzt sind wir in Bewegung. Ein Molli explodiert unter der Hochbahnbrücke direkt neben den Kollegen zu meiner Linken. Keiner zuckt, wir gehen durch und bleiben doch unbehelligt. Um uns herum viele Festnahmen, beachtenswerte Leistung in dieser Situation. Übernahme des Auftrages.

Der HuF erfährt die Anzahl der Verletzten, unsere Mienen sind versteinert. Ich versuche ihn aufzumuntern, dass wir bedrängten Kollegen effektiv geholfen und ein wichtiges Teilsegment des Kotti freigemacht haben und danach auch die Lageberuhigung

einsetzte. Es war ehrlich gemeint, richtig geholfen hat es aber nicht. Danach Geplänkel, neue Aufträge, irgendwann sind wir raus. Dazwischen kurze Nachricht nach Zuhause, keine großen Verletzungen, die kalkulierten Hämatome und ein paar Tage Schmerzen – die kleine Tochter erfährt davon nichts. Nun vorbei an ernsthaft Verletzten, die wie in einem Lazarett im Schutz der Gruppenwagen in Reihen versorgt wurden. Daneben wird noch getanzt. Die Nacht ist warm, es war nicht gut für uns.

Rückfahrt, Diskussionen zum Verlauf

und der Führung. Ich fand die Führung am Kotti gut. Der PF war mitten im Geschehen und hat flexibel reagiert, andere stimmen zu. Ich sinniere darüber, wie viel professioneller wir im Laufe der Jahre geworden sind. Schon in der „Chaosphase“ enorme Festnahmen, ruhiger Funkverkehr. Abrüsten, Feierabend, Fahrt nach Hause. Meine Frau greift meine Hand und drückt sanft zu, ich schreie kurz auf, Schmerzen. „Es ist nichts...“, „Morgen ist es wieder ok!“. Hoffentlich auch bei den anderen.

Kollege Kutzner

„Zur Steinigung freigegeben“

Mit dieser Überschrift titelten einige Tageszeitungen ihre Berichte vom 1. Mai. Diese Aussage soll ein Funktionär einer Standesorganisation getätigt haben, die auch die Polizei vertritt. Dankbar wurde der griffige Satz auch von wenigstens einem Politiker in der Bundestagsdebatte (Aktuelle Stunde am 7.5.09) gebraucht.

Bei aller Wut über die Straftäter, die für 479 verletzte Kolleginnen und Kollegen und eine unbekannte Zahl verletzter Unbeteiligter verantwortlich sind, meine ich, dass die angeblich schärfste Waffe des Menschen, das Wort, auch verantwortlich eingesetzt werden sollte.

Die Steinigung (lat. lapidatio) ist eine Jahrtausende alte Art der Hinrichtung, die für viele Gesellschaften des Altertums bezeugt ist und in einigen islamischen Staaten noch heute praktiziert wird. Dazu finden sich Leute zusammen, die meist nach einem Urteil eines Rechtsorgans (Monarch oder Gerichtsbarkeit) den bis zur Hüfte oder unter die Brust eingegrabenen Verurteilten durch Steinwürfe töten. Die Steinigung ist ebenfalls ein verbreitetes Mittel der Lynchjustiz.

(www.wikipedia.org/wiki/Steinigung)

Welches Rechtsorgan hat hier unsere Kolleginnen und Kollegen zur Steinigung freigegeben?

Unvorstellbar, dass ein Gruppenführer, ein Zugführer, ein Hundertschaftsführer, ein Abteilungsführer, ein Einsatzleiter, der Polizeipräsident oder ein Innensenator seine Kolleginnen und Kollegen zur Steinigung freigibt! Genauso wenig kann ich mir vorstellen, dass ein Polizeiführer, gleich welcher Ebene, eine solche Freigabe zulassen würde. Eine solche Anordnung wäre der klassische Fall für eine

rechtlich gebotene Befehlsverweigerung!

Ich meine, dass durch diese Äußerung die Spitzenleistung unserer Kolleginnen und Kollegen, die mit einer hohen Anzahl Verletzter verbunden ist, in unverantwortlicher Weise diskreditiert wird. Sie lenkt ab von denen, die Verantwortung für 479

unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit durchsetzten. Diese Kolleginnen und Kollegen dürfen in ihrer unmittelbaren Betroffenheit auch starke Formulierungen benutzen.

Es geht hier um Redner und Schreiber, die mit ihren Äußerungen die Spitzenleistungen

der vor Ort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sabotieren, indem sie den Fokus auf die Polizei ziehen und die Ursache für 479 verletzte Kolleginnen und Kollegen auf vermeintliche Führungsfehler lenken.

Ich bringe hier nochmals meinen Respekt vor den erbrachten Leistungen meiner Kolleginnen und Kollegen zu Aus-

druck! Ihr habt für dieses Gemeinwesen eine absolute Spitzenleistung vollbracht. Diese Auffassung wird übrigens in allen Medien geteilt.

Ich wünsche allen Verletzten eine schnelle und vollständige Genesung und denen die sich angesprochen fühlen (sollten), künftig einen verantwortlichen und verhältnismäßigen Umgang mit der schärfsten Waffe des Menschen, dem Wort!

Bernhard Schmidt, Vorsitzender der Fachgruppe Geschlossene Einheiten in der GdP Berlin



1.5.2009 in Berlin: Steine fliegen auf die Einsatzkräfte der Polizei. Auch Brandsätze mit Benzin wurden auf Beamte geschleudert.

Foto: ddp

verletzte Kolleginnen und Kollegen als gewalttätige Kriminelle tragen und suggeriert diesen Kriminellen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen Opfer der Politik und Polizeiführung wurden.

Zur Klarstellung

Es geht hier nicht um Äußerungen am Einsatz beteiligter Kolleginnen und Kollegen, die eine super Arbeit geliefert haben, die sich stundenlangem Steinhagel aussetzten, die unsere Rechtsordnung



Veranstaltungen im Mai

Der Mai ist gekommen – und damit einer der veranstaltungsreichsten Monate des Jahres – auch für Gewerkschaften.

Der neue Generationenvertrag – IG Metall Kongress am 5./6. Mai 2009

„Gemeinsam für ein gutes Leben“, so das Motto, unter dem die IG Metall ihre Vorstellungen von einer solidarischen Gesellschaft und Anforderungen an die Politik formuliert. Zu einem guten Leben gehören auch eine Rente, die im Alter den Lebensstandard sichert, und ein fairer Ausgleich zwischen den Generationen.

Doch die Realität sieht heute anders aus: Veränderte Erwerbsbiographien, Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und der demografische Wandel sind große Herausforderungen, auf die die Politik mit Leistungskürzungen, Privatisierungen und einer Anhebung der Regelaltersgrenzen reagiert hat. Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente wird drastisch sinken. Die Mehrzahl der Menschen wird diese Sicherungslücken nicht schließen können.

Statt Leistungskürzungen und Rente mit 67 ist der Neuaufbau einer solidarischen und verlässlichen Alterssicherung nötig. Dazu hat die IG Metall ihre Vorschläge in einem „Rentenpolitischen Memorandum der IG Metall“ zusammengefasst. Auf dem Kongress wurden die Vorstellungen der IG Metall der Öffentlichkeit präsentiert, Konzepte und Lösungswege diskutiert und arbeits- und sozialrechtliche Fachfragen rund um das Thema Alterssicherung erörtert.

Großen Raum nahm die Frage einer Erwerbstätigenversicherung ein. Anders als in der gesetzlichen Rentenversicherung sollen nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auf Dauer alle Erwerbstätigen versichert werden.

Auszug aus dem DGB Beschluss vom 6.5.2008: „Die Versicherungspflicht sollte zunächst auf diejenigen Erwerbstätigen ausgedehnt werden, die derzeit noch keinem obligatorischen Alterssicherungssystem angehören und ein besonderes Schutzbedürfnis aufweisen. Dies betrifft insbesondere schätzungsweise 3 Mio. Selbstständige sowie die rund 6,5 Mio. geringfügig Erwerbstätigen. Mit der Einbeziehung aller Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung müssen

auch die Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft in die Erwerbstätigenversicherung einbezogen und Befreiungsmöglichkeiten für Handwerker und arbeitnehmerähnliche Selbstständige abgeschafft werden.

Zur Stärkung der Solidargemeinschaft und der sozialen Gerechtigkeit sollten langfristig auch die politischen Mandatsträger, Beamtinnen und Beamte sowie die Berufsständler in die Erwerbstätigenversicherung einbezogen werden. Da für diese Berufsgruppen jedoch bereits Alterssicherungssysteme bestehen, sind unter Beachtung verfassungsrechtlicher Grenzen und der Finanzlage der öffentlichen Haushalte besondere Übergangsregelungen zu treffen: Aus Vertrauensschutzgründen sollten nur die „neuen“ Erwerbstätigen einbezogen werden, die dem jeweiligen Sicherungssystem bislang noch nicht angehört haben.“

Auch nach Auffassung der IG Metall sollten die Einbeziehung weiterer Personengruppen phasenweise erfolgen und sich zu Beginn auf die (Solo)-selbstständigen und Beschäftigten aus den „verkammerten“ Berufen beschränken.

DGB Kapitalismuskongress 14./15. Mai 2009

Der DGB führte am 14./15. Mai 2009 einen hochrangig besetzten und beachteten Kongress durch – in einer Zeit, in der die Welt von einer tiefen Krise des Finanz- und Wirtschaftssystems erschüttert wird, deren wahres Ausmaß niemand in Gänze absehen kann. Einige in Wirtschaft und Politik als nahezu unumstößlich geltende Glaubenssätze haben sich als Irrlehre erwiesen – mit katastrophalen Auswirkungen für die Menschen in allen Teilen der Welt.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben gemeinsam mit internationalen Gästen aus Wirtschaft, Kirchen und Parteien, aus Verbänden und Betrieben die Ursachen der Krise analysiert und nach strategischen Lösungen gesucht. Die Furcht der Menschen wird bleiben, solange eine nachhaltige Prävention unterbleibt – also keine grundlegenden Änderungen im System erfolgen.

Und die finanziellen Folgen der Krise, die Lasten also, die allen aufgebürdet

wurden und werden, um die Krisenfolgen abzufedern, werden noch lange die Staats Haushalte faktisch handlungsunfähig machen, den ökonomischen Bewegungsspielraum der Politik unglaublich stark einengen, zusätzlichen politischen Druck auf die Sozialsysteme und die öffentliche Daseinsvorsorge ausüben und noch die Urenkel finanziell belasten. Es sei denn, es wird fiskal- und verteilungspolitisch umgesteuert.

Europäischer Sozialpakt für Europa

Am 16.5.2009 demonstrierten ca. 80.000 Menschen in Berlin unter dem Dach des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die ganze Wirtschafts- und Sozialsysteme bedroht, in deren Folge Arbeitslosigkeit und Staatsschulden steigen, die Kaufkraft sinkt und die Armut um sich greift, fordern der EGB und DGB gemeinsam von der Politik:

1. Ein erweitertes Konjunkturprogramm: Für mehr und bessere Jobs und Ausbildungsplätze, für sichere Arbeitsplätze, für Investitionen in nachhaltige Zukunftstechnologien und für den Verbleib wichtiger Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung.
2. Ein soziales Europa, das Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung aktiv bekämpft und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge garantiert.
3. Eine Europäische Zentralbank, die sich zu Wachstum und Vollbeschäftigung verpflichtet, und nicht nur zu Preisstabilität.
4. Eine strengere Regulierung der Finanzmärkte, den Reichtum gerecht zu verteilen und ein Ende des „Casino-Kapitalismus“. Kein „Weiter so“, sondern einen Neubeginn!
5. Höhere Löhne und sichere Renten, einen starken Sozialstaat und mehr Kaufkraft durch höhere Leistungen. Und: mehr Mitbestimmung, um die Arbeitnehmer zu schützen und die Wirtschaft zu stärken.

Soziale Grundrechte müssen Vorrang haben und überall muss uneingeschränkt gelten: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!“ Der Europäische Gerichtshof darf nicht länger die Freiheit der Märkte über die Grundrechte der Menschen und die Vereinbarungen der Tarifpartner stellen. **Bernhard Witthaut**



Bundesweit einmalig: Landesinstitut für Präventives Handeln

Im Saarland werden seit Jahren eine große Anzahl präventiver Maßnahmen und Projekte durchgeführt. Organisatorisch und fachlich voneinander getrennte Institutionen und Einrichtungen stellen regional oder landesweit entsprechende Angebote zur Verfügung. Jedoch werden Themen aus den Bereichen der pädagogischen, der gesundheitlichen und der Kriminalprävention oft mit ähnlicher präventiver Aufgabenstellung parallel angeboten und bearbeitet. Eine Vernetzung der Einrichtungen und Institutionen und eine Abstimmung der Angebote, z. B. an Schulen, erfolgten nur partiell – ein optimierungswürdiger Umstand. Daher ist das Saarland einen Schritt weiter gegangen: Es hat ein „Landesinstitut für Präventives Handeln“ gegründet – eine bislang bundesweit einmalige Einrichtung.

2001 hat die saarländische Landesregierung die Initiative „Sport und Prävention“ gestartet, die mit ihrer Arbeitsplattform „wir im Verein mit dir“ e.V. in den vergangenen Jahren erfolgreich einen Umdenkungsprozess in Bezug auf Bedeutung und langfristig positive Wirkungen präventiver Maßnahmen einleitete. In konsequenter Weiterführung dieser Überlegungen hat die Landesregierung des Saarlandes 2008 beschlossen, das Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH) zu gründen. Es soll insbesondere die Themenfelder mit gleicher oder ähnlicher präventiver Aufgabenstellung erfassen, Institutionen und Einrichtungen beraten, mögliche Kooperationspartner auf dem Sektor der Prävention zusammenführen, selbst präventive Maßnahmen durchführen bzw. weiter entwickeln und durchgeführte Maßnahmen sowohl dokumentieren als auch evaluieren.

Durch das LPH soll den Akteuren im Bereich der Prävention aber auch den Bürgerinnen und Bürgern eine kompetente Anlaufstelle für Präventionsfragen angeboten werden. Es wird dazu beitragen, präventive Kompetenzen effektiv einzusetzen, zu nutzen und zu koordinieren. Zielgruppen sind dabei Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie alle Menschen, die erzieherisch tätig sind. Dazu ist eine Hotline eingerichtet worden, über die sich Bürgerinnen und Bürger mit Fragen zur Prävention an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LPH wenden können.

Das Institut kann aber weder alle bisher im Saarland durchgeführten Präventionsmaßnahmen übernehmen, noch die bisherigen Präventionsfachstellen im Lande er-

setzen oder die Träger der pädagogischen, polizeilichen und Gesundheitsprävention von diesen Aufgaben entbinden. Auf die dort geleistete Arbeit sowie die Kompetenzen kann nicht verzichtet werden.

Die Gliederung des LPH im Einzelnen

Das LPH gliedert sich in vier Fachbereiche:

- Pädagogische Prävention
- Polizeiliche und kommunale Kriminalprävention
- Gesundheitsförderung
- Begleitforschung

Die Fachbereiche werden ergänzt durch eine Stabsstelle für zentrale Dienste. Zur Erhöhung der Effektivität des Einsatzes von fachlichem Wissen und Können soll ein ehrenamtlicher Beirat, der sich aus Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Sport und Kultur zusammensetzt, beratend fungieren.

Aufgaben

Grundsätzlich liegen die Aufgaben der LPH im strategischen und planerischen Bereich, in der aktiven Umsetzung von Maßnahmen und in der Evaluation sowie Forschung. Schwerpunkte sind daneben in dem Ressort übergreifenden Vernetzung, der Empfehlung Ziel führender Projekte und der Unterstützung bei der Planung von Maßnahmen und Projekten in der Prävention zu sehen.

Fachbereich 1 – Pädagogische Prävention: Der Fachbereich führt in enger Zu-

sammenarbeit mit „wir im Verein mit dir“ e.V. die durch den Verein bereits seit Jahren erfolgreich betriebenen Präventionsprojekte fort.

Im Arbeitsbereich „Gesunde Bewegung“ stehen Aktionsveranstaltungen zum Thema „Grundschulkind in Sportvereine“ an saarländischen Grundschulen im Mittelpunkt, um Grundschulkindern im Alter zwischen sechs und zehn Jahren möglichst viele Sportarten nahe zu bringen und sie auf diesem Wege zu Sportvereinen hinzuführen, die eine gute und kompetente Jugendarbeit leisten.

Das Bestreben, Kinder möglichst früh in Sportvereine zu bringen, dient drei Zielen:

- die Kinder zu gesunder Bewegung anzuhalten,
- ihnen geeignete Felder sozialen Lernens zu eröffnen, um ihnen einen guten Lebensweg zu ermöglichen,
- den Sportvereinen die Nachwuchs-sorgen zu nehmen.

Nicht wenige unserer Schülerinnen und Schüler haben bereits im Grundschulalter erhebliche motorische Defizite zu beklagen, die zu gravierenden psychischen und intellektuellen Mängeln führen können. Dazu kommt, dass es immer weniger Lehrkräfte mit Fakultas Sport an Grundschulen gibt, die den Wunsch nach Fortbildung und Unterstützung äußern. Deshalb werden an interessierten saarländischen Grundschulen – zeitlich auf vier Wochen befristet und unterstützt von Fachkräften aus den Fachverbänden des Saarländischen Landessportverbandes – Moderatoren eingesetzt, die helfen sollen, den Grundschulsport zu verbessern.

In Zusammenarbeit mit dem saarländischen Tennis-Bund und der Sparda Bank Südwest werden nicht mehr genutzte Tennisplätze zu Bolzplätzen umgebaut. So können brachliegende Flächen in den Gemeinden wieder einer sinnvollen Nutzung für die Jugend und die Jugendarbeit zugeführt werden.

In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur werden Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen sowohl in kultureller als auch sportlicher Zielsetzung beworben und gefördert.





Derzeit arbeiten im Institut 23 Expertinnen und Experten in Sachen Prävention. Leiter des Instituts ist Prof. Dr. Günter Dörr, der bisher als Professor für Erziehungswissenschaft und Medienpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten gearbeitet hat. Stellvertretender Leiter ist der Landesbeauftragte für pädagogische Prävention des Saarlandes, Leo Meiser. Mit dieser personellen Entscheidung soll sichergestellt werden, dass Praxis und Wissenschaft miteinander in Einklang gebracht werden.

Im **Arbeitsbereich „Erlebnispädagogik“** werden sowohl Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte und Mitarbeiter sozialer Einrichtungen als auch erlebnispädagogische Aktionsprogramme für Schulklassen und Jugendgruppen angeboten. Dazu wurde das Erlebnispädagogische Zentrum-Saar (EPZ-Saar) aufgebaut, das im Landkreis St. Wendel rund um den Bostalsee neun verschiedene Stationen in Zusammenarbeit mit sechs verschiedenen Jugendgästehäusern und einem Waldjugendzeltplatz für ein- und mehrtägige Programme anbietet:

- Kooperative Abenteuerspiele und mobile Seilübungen

- Kletterturm (zehn Meter hoch) in Oberthal
- Klettern an der Wand (Halle) in Braunshausen
- Kanufahren auf dem Bostalsee – Kanustation in der Eckelhäuser Bucht
- Mountainbiken – Mountainbikestation in Tholey
- Hochseilgarten in Theley – Hofgut Imsbach
- Segeln auf dem Bostalsee
- Segelfliegen in Marpingen
- Wald- und Wildnispädagogik

Das EPZ-Saar nutzt die Natursportarten, Seilübungen und Kooperations- und Abenteuerspiele als Medien für gemeinsames Erleben, gemeinsames Lösen von Aufgaben und das gemeinsame und individuelle Bewältigen von Grenzsituationen. Dabei stehen Schlüsselqualifikationen, wie Aufbau von Vertrauen, Kooperations- und Konfliktfähigkeit und Übernahme von Verantwortung im Team, im Vordergrund.

In Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien, dem Sportwissenschaftlichen Institut der Universität des Saarlandes und dem Landessportverband für das Saarland werden Qualifizierungen in den verschiedenen erlebnispädagogischen Medien und eine Qualifizierung zum Erlebnispädagogen angeboten.

Im **Arbeitsbereich Erzieherische Kompetenz** werden Fortbildungen für alle Menschen, die in unserer Gesellschaft erzieherisch tätig sind, (z. B. Jugendbetreuer/innen, Jugendtrainer/innen, Übungsleiter/innen, Erzieher/innen, Lehrer/innen und Eltern), angeboten. Die Fortbildungen

sollen dazu beitragen, die pädagogische Kompetenz eines jeden zu fördern und zu stärken. Um allen interessierten Menschen eine Teilnahme möglich zu machen, sind die Fortbildungsveranstaltungen kostenlos. Sie werden von Gemeinden, Vereinen, Einrichtungen oder Schulen angefragt und finden zeitnah und vor Ort statt. Folgende Themen werden zurzeit angeboten:

- Eine Reise in das Land der Wut – mit den eigenen Gefühlen umgehen lernen
- Selbstbehauptungstraining – Entwicklung eines gesunden Selbstbewusstseins
- Psychomotorik – ein Weg zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung
- Mediation – Konflikte fair und gewaltfrei lösen
- Erlebnispädagogik in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen – Wege und Möglichkeiten sozialen Lernens
- Anti-Gewalt-Training – gelassen sein und gelassen bleiben
- Häusliche Gewalt – Täterstrategien und Opferverhalten
- Kindesmisshandlung – Gewalt gegen Kinder
- sexueller Missbrauch von Kindern – Signale, Symptome und Hilfsmöglichkeiten
- Drogen und Sucht – frühzeitiges Erkennen und Präventionsansätze
- Pubertätsbesonderheiten – Essstörungen – Abhängigkeiten – Probleme frühzeitig erkennen und diesen kompetent begegnen
- Krankheit und Sport – gesunde Bewegung für chronisch kranke Kinder und Jugendliche
- Zur Zukunftsorientierung von Vereinen – Anregungen zu Erneuerungs- und Entwicklungsprozessen in Vereinen
- Rechtsextremismus – Fremdenfeindlichkeit
- Anti-Rassismus-Training – sensibel werden für Diskriminierungen im Alltag

Im **Arbeitsbereich Verkehrserziehung** werden die schulischen Maßnahmen zur Verkehrs- und Mobilitätserziehung mit Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit verzahnt, indem die Aufgaben des bisher bei der Landespolizeidirektion angesiedelten Verkehrssicherheitsbeauftragten und die bisher im Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur koordinierten Maßnahmen und Projekten für SchülerInnen und Schüler gemeinsam im Arbeitsbereich „Verkehrserziehung“ am LPH verortet sein werden.

Als herausragendes Beispiel ist das „Schulbusprojekt“ zu nennen. Dabei han-



PRÄVENTION

delt es sich um eine Gemeinschaftsinitiative der saarländischen Landesregierung, der saarländischen Verkehrsunternehmen, der VGS Verkehrsverbund-Gesellschaft Saar mbH und des Vereins »wir im Verein mit dir«, das in enger Zusammen-

Kommunaler Kriminalprävention zu schaffen sowie der Integration von Kriminal- und Verkehrsprävention eine Plattform zu geben und ein weitestgehend einheitliches Verständnis von Polizeilicher Präventionsarbeit durch entsprechende

eigenen Trainern durchführen und sich an Fortbildungen im erzieherischen Bereich beteiligen.

Der **Arbeitsbereich Verhaltensorientierte Kriminalprävention** umfasst schwerpunktmäßig

- Maßnahmen der zielgruppenorientierten Prävention von Jugendkriminalität und Jugendgewalt,
- Umsetzung von Programmen, die ursachenorientiert Phänomene wie Gewalt, Sucht oder Vandalismus präventiv bekämpfen.

Die Maßnahmen sollen sich auf Strategien, Programme und Projekte begrenzen, die vorrangig darauf abzielen, Gewalt und Kriminalität im Kinder- und Jugendalter zu verhindern bzw. zu reduzieren. Allgemein förderliche Programme und Maßnahmen der sozialen (primären) Prävention etwa familien-, bildungs-, sozialpolitisch, pädagogisch oder integrativ ausgerichtete Strategien, die auch gewaltpräventiv wirken können, sollten nicht in Eigenverantwortung des Arbeitsbereiches umgesetzt werden. Für diese Fälle sind vernetzte Strukturen aufzubauen und abgestimmte Maßnahmen zu entwickeln.

Mit Einrichtung des LPH wurden die Aufgaben der Geschäftsstelle Kommunale Kriminalprävention, die bisher beim Ministerium für Inneres und Sport in der Abteilung Polizeiangelegenheiten angesiedelt waren, nach dort überführt. Hierzu zählen insbesondere:

- die Betreuung des Beiräte zur Kriminalitätsvorbeugung in saarländischen Kommunen,
- die Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Kriminalprävention,
- die Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Kriminalprävention,
- die städtebauliche Kriminalprävention,
- die Wahrnehmung der Aufgaben einer Kontaktstelle zum Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK).

Die Erforschung der Drogenerkennung und des Drogenscreenings mit der Polizei durch Planung, Entwicklung und Auswertung von Forschungsprojekten bilden den Schwerpunkt dieses Arbeitsbereiches.

Die wissenschaftliche Unterstützung ist durch das Institut für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes gewährleistet. Die gewonnenen Erkenntnisse stellt das Landesinstitut für präventives Handeln der Landespolizeidirektion, dem Landes-



Aktionsveranstaltungen zum Thema „Grundschul Kinder in Sportvereine“

menarbeit mit den Schulen und der Polizei umgesetzt wird. Es beinhaltet die Module

- „Wir fahren Bus – aber sicher!“ – Projekt zum sicheren Bus fahren für Grundschul Kinder
- „Mit dem Bus zur Schule – aber sicher!“ – Projekt zum sicheren Bus fahren für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 5
- Die Busschule kommt: Übungen in der Praxis an der Schule (soweit von Busbetreibern leistbar)
- Erwachsene als Schulbusbegleiter
- Schüler engagieren sich: die Busbegleiter (Schulung von älteren Schülern als Schulbusbegleiter)
- Coolnesstraining für Schulbusfahrer/-innen

Fachbereich 2 – Polizeiliche- und Kommunale Kriminalprävention: Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Organisation und die Aufgabenzuweisung in den Arbeitsfeldern der polizeilichen Kriminalprävention, Kommunale Kriminalprävention und Verkehrssicherheitsarbeit ist im Saarland in den „Rahmenrichtlinien zur Regelung und Organisation der Polizeilichen Präventionsarbeit im Saarland“ niedergelegt. Diese wurde im Jahre 2005 mit dem Ziel verfasst, vernetzte Strukturen zwischen Polizeilicher- und

Leitlinien für die Präventionsarbeit der Polizei zu erreichen. In konsequenter Umsetzung des gesamtgesellschaftlichen Anspruches von Kriminalprävention und eines Aufgabenverständnisses, das weiterhin die Mitwirkung der Polizei an Präventionsmaßnahmen anderer Verantwortungsträger aber auch die Durchführung eigenständiger Maßnahmen vorsieht, hat dazu geführt, im LPH den Fachbereich Polizeiliche- und Kommunale Kriminalprävention einzurichten. Arbeitsschwerpunkte sind dabei unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Zielgruppenvorgabe

- Fremdenfeindlichkeit/Migration/Extremismus
- Verhaltensorientierte Kriminalprävention
- Drogenerkennung
- Verkehrssicherheitsberatung
- Kommunale Kriminalprävention

Im **Arbeitsbereich Fremdenfeindlichkeit/Migration/Extremismus** werden Maßnahmen angeboten, die der Sensibilisierung für rechtsextreme, fremdenfeindliche Tendenzen, Rassismus und Diskriminierung dienen. Hierbei kooperiert das Landesinstitut eng mit den Programmen „Kompetent für Demokratie“ und „Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus im Saarland“. Das LPH wird Antirassismustrainings organisieren und mit





kriminalamt und der Fachhochschule für Verwaltung – Fachbereich Polizei – zur Nutzung bereit.

Die Erkenntnisse werden auch für präventives Handeln im familiären Umfeld, im schulischen Bereich, in Vereinen und in der Arbeitswelt ausgewertet. Die Ergebnisse sollen darüber hinaus über den Arbeitsbereich 3 – Gesundheitsförderung und den Landesbeauftragten für Drogen und Sucht im LPH den Drogenberatungsstellen, den

„Landesfachkonferenz Verkehrserziehung“. Eine zielgerichtete und effektive Zusammenarbeit und Abstimmung innerhalb der Struktur des Institutes Arbeitsbereich Verkehrserziehung des Fachbereiches Pädagogische Prävention gewährleistet. Insbesondere im Bereich der jugendlichen und erwachsenen Bus- und Bahnbegleitung und der schulischen Verkehrserziehung ergeben sich Synergieeffekte, die eine effiziente Fortführung dieser bereits bestehenden Projekte gewährleisten.



Am 12.1.2009 hat das LPH seine Arbeit in St. Ingbert in der ehemaligen Mühlwaldschule aufgenommen. Das LPH wurde als Einrichtung des Landes gemäß Landesorganisationsgesetz errichtet und der Dienst- und Fachaufsicht des Ministeriums für Inneres und Sport unterstellt. Getragen wird es vom Ministerium für Inneres und Sport, dem Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur und dem Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales. Der Landessportverband für das Saarland und „wir im Verein mit dir“ e.V. sind enge Kooperationspartner. Fotos (3): LPH

Präventionsfachstellen der freien Träger in den Landkreisen und Therapieeinrichtungen zugänglich gemacht werden.

Für diese Bereiche bildet das Landesinstitut für präventives Handeln Berater- und Multiplikatorengruppen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtsmedizin an der Universität des Saarlandes aus und betreut diese. Ergänzend werden Schulungsmodulare sowie Informations- und Unterrichtsmaterialien entwickelt und bereitgestellt.

Die **Aufgaben des Arbeitsbereiches Verkehrssicherheitsberatung** bestehen in Maßnahmen, die die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Zielgruppen innerhalb des Straßenverkehrs und die Förderung der Eigenverantwortlichkeit zum Ziel haben. Dazu sind Verkehrssicherheitskonzepte zu entwickeln und zielgruppenorientierte Aufklärung und Schulung zu betreiben.

Ferner fungiert der Arbeitsbereich Verkehrssicherheitsberatung als Kontaktstelle zu den Jugendverkehrsschulen, zu den Landesverkehrswachten sowie zu der

Schule in der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) dem Leiter des Fachbereiches Polizeiliche- und Kommunale Kriminalprävention übertragen.

- Damit werden die
- Koordination der Umsetzung von Beschlüssen der KPK und von Maßnahmen und Kampagnen des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK),
 - Umsetzung der kriminalpräventiven Medienarbeit des ProPK und
 - Nutzung/Beteiligung an Maßnahmen, Kampagnen und Medien des ProPK im Rahmen der Aufgabewahrnehmung durch das LPH zentral durch das Institut wahrzunehmen sein.

Fachbereich 3 – Gesundheitsförderung und Suchtprävention: Zentrale Themen des Fachbereichs 3 sind die Förderung der psycho-sozialen Gesundheit sowie die Sucht- und Gewaltprävention.

Grundlagen bilden das Jugendschutzgesetz, die Leitlinien und Programme für Präventionsmaßnahmen der Krankenkas-

sen und Rentenversicherungsträger und die Ziele der saarländischen Suchtkrankenhilfe. Die Arbeit der Präventionsfachstellen in den Kreisen soll durch das LPH koordiniert und damit verstärkt werden. Der Bereich der Suchtprävention umfasst nicht nur die klassischen stofflichen Süchte, sondern natürlich auch die Prävention so genannter nicht-stofflicher Verhaltensweisen mit Abhängigkeitsmerkmalen. Exemplarisch seien die Spielsucht und problematischer Internet- und Handygebrauch genannt, deren individuelle und familiäre Auswirkungen sich sehr dramatisch darstellen können. Die Entwicklung landesweiter Leitlinien in der Gesundheitsförderung und Suchtprävention soll durch das LPH vorangetrieben werden.

Die jetzt schon eingeführten Systeme der Dokumentation und Information in der Suchtprävention (Dot.sys; Prev.net) werden weitergeführt. Fortbildungen und eine jährlich stattfindende Fachtagung zu spezifischen Themen aus dem Gebiet der Abhängigkeitserkrankungen werden für Fachkräfte aus Prävention und Beratung, für politische Entscheidungsträger, für Lehrer, Eltern, Erzieher, Ärzte, aber auch für indirekt betroffene Zielgruppen (z.B. Fahrschulen, Arbeitgeber/Betriebe, Ausbildungsstätten etc.) angeboten.

Der Landesbeauftragte für Suchtfragen nimmt seine Aufgaben als Leiter des Fachbereiches „Gesundheitsförderung“ des LPH heraus wahr. Damit ist sichergestellt, dass Informationen und Erkenntnisse zu allen such- und abhängigkeitsrelevanten Themen durch dessen Mitarbeit in länderübergreifenden Arbeitsgemeinschaften und landesinternen Gremien allen saarländischen Präventionsfachstellen, aber auch anderen relevanten Zielgruppen zeitnah zugänglich gemacht werden.

Fachbereich 4 – Evaluation und Begleitforschung: Die Abschätzung, ob Maßnahmen und Strategien, die im LPH geplant und durchgeführt werden, erfolgreich sind, ist nur auf einer gesicherten Datenbasis möglich. Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten werden im LPH Evaluationsstudien durchgeführt, die die Wirksamkeit der verschiedenen Präventionsmaßnahmen erfassen sollen. Dabei wird insbesondere Wert gelegt auf die Erfassung langfristiger Wirkungen. Dazu wird das LPH mit verschiedenen Partnern kooperieren, z. B. mit dem sportwissenschaftlichen Institut der Universität des Saarlandes sowie der Deutschen Hochschule der Polizei.

Norbert Meiners



Gemeinsame Mindeststandards für die Innere Sicherheit gefordert

Die europäischen Gewerkschaften haben in Madrid, Prag, Berlin und Brüssel zu Großdemonstrationen aufgerufen. Das Motto: Die Krise bekämpfen – die Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Auch EuroCOP ist dabei. Nicht nur, um gewerkschaftliche Solidarität mit Millionen von Arbeitnehmern zu üben, die durch massiven Sozialabbau und Arbeitslosigkeit bedroht sind, sondern auch, um zu verhindern, dass Regierungen in ganz Europa sich in der Krise dort bedienen, wo es am schnellsten geht: im öffentlichen Dienst und damit auch bei der Polizei. In einigen Mitgliedsstaaten der EU scheinen Regierungen in ihrer Sparwut jegliches Augenmaß verloren zu haben.

Als fatal erweist sich für die betroffenen Länder insbesondere die finanzielle Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF): Der IWF reagiert auf die übliche Weise und verlangt die gewohnten Darlehenskonditionen für den Verleih von Geldern an Länder in Notlagen. Diese laufen auf die Einschränkung öffentlicher Haushalte, Kürzungen im Öffentlichen Dienst, Einfrieren von Mindestlöhnen und soziale Deregulierung hinaus.

Mitgliedsstaaten wie Lettland, Litauen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sind bisher nicht durch besonders leistungsfähige Strafverfolgungsbehörden aufgefallen. Bereits in seinem Beitrag in der DP im April hat EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer auf die verheerenden Auswirkungen hingewiesen, die Kürzungen der Polizeihäushalte in diesen Ländern auf die erreichten Fortschritte haben werden. Die Fähigkeit dieser Mitgliedsstaaten, ihren Anteil an der Verantwortung im Kampf gegen die Kriminalität in der EU zu tragen, wird nachhaltig beeinträchtigt.

Diesbezügliche Anfragen von EuroCOP bei der EU-Kommission und beim Ministerrat werden bisher ausweichend beantwortet: Die Organisation von Verwaltung – insbesondere der Polizei sei ausschließliche Angelegenheit der Mitgliedsstaaten. Das mag zwar formal richtig sein, löst das Problem aber in keiner Weise.

Die Finanzkrise wirkt wie ein Brennglas für einen grundlegenden Konstruktionsfehler in der polizeilichen Zusammenarbeit in der Europäischen Union: Einerseits werden weitreichende Vereinbarungen für die Zusammenarbeit getroffen: Vom

Informationsaustausch bis zu gemeinsamen Einsätzen. Andererseits wird so getan, als könne eine immer engere Vernetzung der Polizeien der Mitgliedsstaaten stattfinden, ohne dass man sich über gemeinsame qualitative und quantitative Standards Gedanken machen müsste. Einzige Ausnahme ist der eng umrissene Bereich der Grenzsicherung, für den der so genannte Schengen Katalog durchaus konkrete Vorgaben enthält.

Dabei hätte die EU einen brauchbaren Ansatz, sich über gemeinsame Mindeststandards Gedanken zu machen.



Mit den Kopenhagener Kriterien legte der Europäische Rat fest, welche politischen und institutionellen Voraussetzungen ein Mitgliedsstaat der EU erfüllen muss:

- Stabile Institutionen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie Respekt für Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten garantieren,
- eine funktionierende Marktwirtschaft, die mit dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union umgehen kann,
- öffentliche Institutionen und Strukturen, die sich aus der Mitgliedschaft ergebende Verpflichtungen erfüllen können,
- ein Justiz- und Verwaltungswesen, das die effiziente Umsetzung des Gemeinschaftsrechts sicherstellt.

Mit dieser Liste hat sich die EU ein zwar begrenztes, aber seitdem gültiges institutionelles Grundprogramm gegeben. Die Kopenhagener Kriterien stellen die grundsätzliche Autonomie der Mitgliedsstaaten bezüglich ihres institutionellen Aufbaus

und ihrer Verwaltungsstrukturen nicht in Frage. Sie beschreiben aber, was diese internen Strukturen leisten müssen, damit die enge Vernetzung der Mitgliedsstaaten der EU funktionieren kann.

Die EU darf es nicht zulassen, dass Mitgliedsstaaten diese Kriterien nicht erfüllen, weil sie aufgrund der Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu exzessiven und kurzsichtigen Sparmaßnahmen greifen, die zulasten der Haushalte essentieller öffentlicher Dienste wie der Polizei gehen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise macht damit deutlich, dass der EU-weite Kampf gegen organisierte Kriminalität, Menschenhandel und den Terrorismus, nicht ausschließlich auf die Annäherung gesetzlicher Regelungen beschränkt werden kann. Jedenfalls geht das dann nicht, wenn die EU am Prinzip der Freizügigkeit festhalten will.

Um die Annäherung gesetzlicher Regelungen zu ergänzen, müssen die Mitgliedsstaaten eine effiziente Umsetzung sicherstellen. Mitgliedsstaaten, die dies nicht sicherstellen können, dürfen nicht auf sich allein gestellt bleiben.

Das EuroCOP-Exekutivkomitee hat auf seiner Sitzung im Mai die Mitgliedsstaaten aufgefordert, sich auf einen Stabilitätspakt auf Basis der Kopenhagener Kriterien zu einigen. Dieser Stabilitätspakt für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts muss sicherstellen, dass die Mitgliedsstaaten gemeinsame Mindeststandards für die Kapazität der Strafverfolgungsbehörden erfüllen.

Notwendig ist auch, ein Frühwarnsystem einzurichten, das sicherstellt, dass Maßnahmen getroffen werden können, bevor die Fähigkeiten eines Mitgliedsstaats zum gemeinsamen Kampf gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus und Korruption beizutragen, nachhaltig beeinträchtigt werden.

Die Gelegenheit ist günstig: Bis Ende 2009 wird die EU ein neues mehrjähriges Rahmenprogramm für Justiz und Inneres verabschieden. Unter der Ratspräsidentschaft Schwedens ist der Europäische Rat damit in einer guten Ausgangsposition, um die Gültigkeit der Kopenhagener Kriterien zu bestätigen und den Bürgern zu zeigen, dass ihr Wunsch nach einem Leben in Frieden und Freiheit geschützt vor Kriminalität ernst genommen wird. **ju**





Mitbestimmung ist Standortvorteil

– Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion –

In fast regelmäßigen Abständen lädt die SPD-Bundestagsfraktion Betriebs- und Personalräte zum Dialog zu aktuellen Themen ein. So auch im April 2009 zum Thema „Schutzschirm für die Beschäftigung“.

Die aktuelle Krise in den Finanzmärkten mit ihren massiven Folgen für die Realwirtschaft sei für alle eine große Herausforderung, so Andrea Nahles, Arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Der bevorstehende Abschwung bedrohe viele Arbeitsplätze. Sie forderte, eine soziale Fortschrittsklausel für Europa (s. Kasten rechts) zu



verankern und für Deutschland einen neuen sozial regulierten Kapitalismus sowie mehr Initiativrechte bei Umstrukturierungen. Vor Kurze habe man noch heftig für den Erhalt des VW-Gesetzes gerungen und

nun sei die Situation eingetreten, dass Banken verstaatlicht würden. Nahles kündigte eine Konferenz zum Arbeitnehmerdatenschutz an, zu der die SPD in Kürze einladen werde. Der Bundesarbeitsminister werde noch vor der Wahl einen Gesetzentwurf zum Arbeitnehmerdatenschutz vorlegen.

Die Krise wolle man insgesamt auch durch eine gute Mitbestimmungskultur bewältigen. Es gehe jetzt darum, klar zu machen, dass langfristiges Denken, Sicherung von Arbeitsplätzen, Anerkennung der Arbeit durch Mitsprache im Betrieb auf der Tagesordnung stehen.

Die Konjunkturpakete seien erforderlich, um Arbeitsplätze zu erhalten. Mitbestimmung, die viele Marktradikale in den letzten Jahren noch abschaffen wollten, sei wichtiger denn je.

Mit dem zweiten Konjunkturpaket würden weitere Maßnahmen für eine langfris-

tige starke deutsche Wirtschaft auf den Weg gebracht. Dazu gehöre eine Infrastruktur, gute Bildung und lebenslange Qualifizierung. Wichtig sei, dass die Beschäftigten nicht entlassen, sondern qualifiziert und entlassene Arbeitnehmer so schnell wie möglich wieder vermittelt werden.

Olaf Scholz, MdB, Bundesminister für Arbeit und Soziales, berichtete über die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Krise und die schon über Jahre andauernde Gewöhnung an die Massenarbeitslosigkeit seien eine schwierige Ausgangslage. Bedingt durch den Abschwung seien steigende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Bei mehr Moral??? wäre die Wirtschaftskrise nicht so extrem ausgefallen, wie sie es jetzt ist. Auf dem Arbeitsmarkt werden im Jahr 2009 600.000 Ausbildungsplätze und -verträge benötigt. Angesichts der zunehmenden Zahl von Arbeitslosen sei aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik nötiger denn je.



Grafiken: Böckler impuls

8,6 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Vormonat seien 34.000 Menschen mehr ohne Arbeit. Insgesamt seien im März 2009 = 3,59 Millionen Arbeitslose registriert. Vor einem Jahr wären es noch 3,51 Millionen gewesen.

Olaf Scholz sieht die demografische

Entwicklung ab 2012 als Chance, die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es gingen mehr Menschen in Rente, als von der Schule ins Arbeitsleben.

Allerdings hätten mehr als 500.000 Langzeitarbeitslose keinen Schulab-

Fortschrittsklausel für Europa:

„Vorrang für Beschäftigung“ fordert der Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl, Martin Schulz: „Jede Maßnahme der Europäischen Union muss vor der Umsetzung auf ihre Sozialverträglichkeit abgeklopft werden“, forderte Martin Schulz. Europaweite Sozialstandards müsse ein Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten eingeräumt werden. Dafür brauche man auch gemeinsame Vorgaben für die europäischen Sozial- und Bildungsausgaben, so Schulz.

schluss. 80.000 verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss. Für Menschen ohne Hauptschulabschluss sei das Recht auf Förderung zum Nachholen des Hauptschulabschlusses geschaffen worden. Dieser Rechtsanspruch werde jetzt Gesetz.

Die Zahl der Arbeitsplätze mit geringer Qualifikation nehme stetig ab. Zielsetzung sei daher, dass jeder, der Anfang 20 ist, einen Berufsabschluss oder aber Abitur besitzen soll.

Jetzt müsse gehandelt und eine Kultur der Arbeit geschaffen werden, zu der Zeitsouveränität, Kündigungsschutz, die Betriebsverfassung und die Unternehmensmitbestimmung gehörten. Deutschland müsse die Mitbestimmung zum Exportprodukt für ganz Europa machen.

Und: Leistung müsse sich auch lohnen. Dazu gehörten ordentliche Tarifverträge und Mindestlöhne, so Scholz. Er gehe zuversichtlich davon aus, dass es im kommenden Jahr wieder aufwärts gehen werde.

Franz Müntefering, Vorsitzender der SPD, referierte über sozialdemokratische



Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, zu der im Übrigen nichts im Koalitionsvertrag von 2005 stehe. Er forderte eine noch schärfere Begrenzung der Managergehälter. Auch die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, die es in anderen Ländern bereits gebe, könne mehr Geld bringen, das für die Bildung und zur Entlastung der unteren Einkommen genutzt werden könnte. Er rechne hier jährlich mit Einnahmen in Höhe von 2 bis 3 Milliarden Euro. Müntefering forderte darüber hinaus einen TÜV für Geldprodukte, einen Mindestlohn für Leiharbeit und eine Regelung für die Jobcenter.

Am Ende der Veranstaltung wies Andrea Nahles darauf hin, dass zu einer guten Unternehmensführung auch gehört, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Entscheidungen des Unternehmens zu beteiligen. Mitbestimmung sei unverzichtbar für gute Entscheidungen und soziale Standards in der globalisierten Welt; Mitbestimmung sei inzwischen ein Standortvorteil geworden

Horst Müller

Internationale Polizeifachmesse mit Besucherrekord

Es war die vierte IPOMEX (Internationale Polizeifachmesse), bei der auch die GdP Präsenz zeigte. Im Rahmen einer Medienpartnerschaft mit dem Veranstalter war die GdP mit einem Info-Stand präsent, der nicht nur von vielen GdP-Mitgliedern als Anlaufstelle genutzt wurde.

Die Erwartungen des Veranstalters, Messe und Congress Centrum Halle Münsterland, wurden weit übertroffen. Insgesamt konnte der Veranstalter mehr als 4.200 Fachbesucher aus Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie der Bundeswehr verzeichnen.

Offiziell wurde die dreitägige Messe am 31.3.2009 durch deren Schirmherrn und nordrhein-westfälischen Innenminister Dr. Ingo Wolf eröffnet, auf der über 100 Aussteller einen Überblick über die technischen Neuheiten boten.

Begleitet wurde die Messe von einem umfangreichen Rahmenprogramm aus Fachkonferenzen, Workshops, Vorträgen

IPOMEX (international police meeting and exhibition), kurz: Internationale Polizeifachmesse und Konferenz

Die IPOMEX 2009 gilt als Fachmesse von Praktikern für Praktiker aus allen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Mehr als 100 Aussteller stellten vor, womit Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehren und Katastrophenschutz morgen arbeiten. Der Härtestest im Action-Center der Messe zeigt, was die Neuheiten im Einsatzalltag leisten.



und zahlreichen Vorführungen, auch im Freigelände der Messe. Polizei-Teams aus Köln und Bonn führten z. B. vor, wie sich die Qualität der Verkehrsunfallaufnahme verbessert hat.

Als Weltneuheit wurde auf der IPOMEX die Sondersignalanlage RTK-7 präsentiert. Diese Sondersignalanlage setzt neue Maßstäbe in Design, Flexibilität und Effizienz. Die mit leistungsfähiger, sparsamer und langlebiger LED-Technologie ausgeführten Lichttechnik-Komponenten



Frontansicht der RTK im Detail



Rückansicht RTK blau Fotos (2): Fa. Hella

können nach Kundenwünschen individuell konfiguriert werden. Die Produktion wird ab September 2009 beginnen.

Darüber hinaus wurden z. B. Kameras vorgestellt, die keine Software-Installation benötigen und direkt am Ethernet-Netz-



Schutzausrüstung im Härtetest auf der Internationalen Polizeifachmesse IPOMEX: Im Action Center auf dem Außengelände der Messe und Congress Centrum Halle Münsterland zeigten Aussteller ihre Produkte unter realistischen Einsatzbedingungen.

Foto: Tack

werk betrieben werden können. Die Mobotix-Kameras sind beschlagfrei und benötigen keine Heizung. Die Technologie ermöglicht die gleichzeitige Aufnahme von rund 30 Kameras in Daueraufzeichnung mit je 30 B/s inklusive Ton auf einen Standard-PC. Neben den reinen Kamerafunktionen sind in der Kamerasoftware bereits vielfältige Funktionen von der Bewegungserkennung über Langzeitspeicherung bis hin zur Alarmmeldung über Video-IP-Telefonie enthalten.

Mehr als 3.000 Fachbesucher nutzen in diesem Jahr die Messe, die Fachforen und die Workshops zum grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch über alle aktuellen Fragen der Sicherheitstechnik: von der Kommunikation mit Digitalfunk über Schutzausrüstungen bis hin zu immer verfeinerten Ermittlungsmethoden im Kampf gegen die Internetkriminalität.

Das große Besucherinteresse, die innovativen Exponate und das hochinteressante Rahmenprogramm zeigen es deutlich: Die IPOMEX hat sich als Fachmesse von Praktikern für Praktiker aus Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben fest etabliert. Die nächste findet vom 12. bis 14. April 2011 wiederum in Münster statt (www.ipomex.de). **Horst Müller**

GDP-SERVICE

Faltkarten zum Tarifabschluss der Länder

Aufgrund des Tarifabschlusses vom 1. März 2009 hat die Abteilung VII/Tarifpolitik neue Faltkarten mit den entsprechenden Entgelttabellen für die Monatsentgelte elektronisch erstellt. Insgesamt sind im Mitgliederbereich des GdP-Internetauftritts fünf Faltkarten einzusehen. Zu finden sind sie unter dem GdP-

Ressort Tarifpolitik und dort unter den Buttons Entgelte/Länder.

Für den Tarifbereich West sind zwei Faltkarten für die Zeiträume vom 1. März 2009 bis zum 28. Februar 2010 sowie ab 1. März 2010 vorhanden. Für den Tarifbereich Ost sind drei Faltkarten eingestellt, die die Zeiträume vom 1. März bis

zum 31. Dezember 2009, 1. Januar bis zum 28. Februar 2010 sowie ab 1. März 2010 umfassen.

Wegen der unterschiedlichen Arbeitszeiten in den Ländern wurden die jeweiligen Stunden- und Überstundenentgelte in den Faltkarten nicht dargestellt.

s. k.

Cannabis (k)ein Problem in Deutschland?

Wächst eine neue Drogengeneration heran?

Cannabis ist inzwischen das weltweit am stärksten verbreitete illegale Betäubungsmittel. Allein in Deutschland sollen 60.000 Menschen abhängig sein. Gefährlicher ist die Droge geworden, weil in den letzten beiden Jahrzehnten immer stärkere Formen entwickelt wurden, die einen wesentlich höheren Gehalt an Tetrahydrocannabinol (THC) aufweisen als in den achtziger Jahren. Es gibt auch Hinweise darauf, dass der Cannabiskonsum mit einem erhöhten Risiko verbunden ist, an schweren psychischen Störungen und an Schizophrenie zu erkranken. Anfällig und gefährdet sind insbesondere Jugendliche.

Die Cannabis-Situation in der Bundesrepublik Deutschland

Grundlage der folgenden Ausführungen ist die Rauschgift-Jahreskurzlage 2008 des Bundeskriminalamtes.

die Fallzahl (+10 %) und die Gesamtsicherstellungsmenge (+122 %) an, bei Haschisch auf 10.313 Fälle (+6 %). Die enorme Steigerung der beschlagnahmten Menge erklärt sich aus der Einzelsicherstellung von rund 4.000 kg auf insgesamt 7.632 kg (+108 %).

Auch bei Marihuana stiegen die Zahl

langten größere Mengen Haschisch aber auch über Belgien und Frankreich nach Deutschland. Zudem wurde Marihuana in meist kleineren Mengen, aber hoher Frequenz aus Österreich und der Schweiz nach Deutschland geschmuggelt.

Im Zusammenhang mit Sicherstellungen von Cannabisprodukten traten weit überwiegend deutsche Staatsangehörige in Erscheinung, gefolgt von türkischen.

2008 wurde wie im Vorjahr ein verstärkter Anbau von Cannabis auf Außenflächen und in Gebäuden festgestellt: zwei Outdoor-Profiplantagen, 15 Outdoor-Großplantagen und 85 Outdoor-Kleinplantagen, acht Indoor-Profianlagen, 112 Indoor-Großplantagen, 285 Indoor-Kleinplantagen. Die meisten Außenanlagen wurden in Bayern (28 %) registriert, die meisten Indoor-Plantagen in Nordrhein-Westfalen (19 %), Niedersachsen (14 %) und Bayern (12 %).



Eine „professionelle Cannabis-plantage“ mit mehr als 1.000 Pflanzen ist von der Polizei 2008 in Düsseldorf ausgehoben worden.

Foto: Horst Ossinger/dpa

Cannabiskonsum – (k)ein Problem in Deutschland?

Nach einem deutlichen Anstieg des Cannabiskonsums von 1993 bis 2004 und einem darauf folgenden Rückgang bleibt nun abzuwarten, wie sich die „Cannabislage der Nation“ weiterentwickeln wird. Ich habe starke Zweifel, ob mit Blick auf die Dunkelfeldproblematik ein „echter“ Rückgang stattfindet und es stellt sich die Frage, wie viele Cannabiskonsumanten auf Salbei und Spice „ausweichen“.

Mangelndes Unrechtsbewusstsein, oft ausgelöst durch falsch interpretierte Kommentierungen der Gerichtsurteile (Besitz geringer Menge ist immer straffrei usw.), das „en vogue“ geratene „sich outen“ von Promis, die Diskussion um Liberalisierung bzw. Legalisierung des Haschischkonsums, Coffee-Shops in den Niederlanden sowie der zunehmende Konsum von Fruchttabak in Wasserpfeifen (siehe nachfolgende Ausführungen zu Sisha-Rauchen) erwecken bei vielen Jugendlichen den Eindruck, als sei der Konsum normal und harmlos.

Da Jugendliche aus ihrem Blickwinkel „bis fünfundzwanzig unsterblich“ sind, glaubt niemand an die Folgen einer Suchterkrankung. Einerseits werden natürlich

Aktuelle Entwicklung in 2008:

- Deutlicher Anstieg der Gesamtsicherstellungsmenge von Cannabisprodukten
- Rückgänge der Sicherstellungsmengen von Heroin und Kokain.
- Größte Einzelsicherstellung von Amphetamin in Deutschland.
- Anstieg bei der Entdeckung von Rauschgiftlaboren

Bei den Cannabisprodukten stiegen 2008

der Sicherstellungsfälle auf 24.594 (+13 %) und die beschlagnahmte Menge auf 8.932 kg (+137 %). Die hohe Steigerung ist ebenfalls auf eine Einzelsicherstellung von 5.470 kg zurückzuführen.

Wie in den Vorjahren waren die Niederlande der mit Abstand bedeutendste Herkunfts- bzw. Transitstaat von Cannabisprodukten für Deutschland. Mitunter ger-



nicht alle Jugendlichen, die Cannabisprodukte ausprobieren, automatisch (heroin-) süchtig, andererseits habe ich in meiner Zeit im Rauschgiftkommissariat nur selten einen Fixer erlebt, der nicht vorher Haschisch (und Alkohol oder andere Drogen) konsumiert hat.

Obwohl wir heute eine Elterngeneration haben, die Cannabis aus ihrer Jugendzeit kennt, scheint immer noch eine weitverbreitete Sprachlosigkeit zu herrschen. Manche Eltern kennen kaum den Unterschied zwischen Cannabis und Cabanossi. Auch das gibt es noch im Jahre 2009.

Jedenfalls rückt die in Deutschland am meisten konsumierte illegale Droge immer wieder in den Blickwinkel des Medieninteresses. Die ungebrochene Popularität „verdankt“ Cannabis auch der öffentlich geführten Diskussion um die Freigabe „weicher“ Drogen, der vermeintlichen Ungefährlichkeit sowie der Möglichkeit des Eigenanbaus und der hohen Verfügbarkeit.

Was ist Cannabis?

Cannabis ist der Oberbegriff für verschiedene Produkte aus der Hanfpflanze (*Cannabis sativa*). Sie sondert durch Drüsenhaare in den Blüten- und Fruchständen und den Blättern ein klebriges Harz ab. Der wichtigste Wirkstoff ist das Tetrahydrocannabinol (THC), der je nach Konzentration die Wirkungsweise und den Rauschzustand beeinflusst.

Cannabis ist die am meisten missbrauchte Droge in Europa. Etwa 71 Mio. Menschen (zwischen 15 und 65 Jahren) haben Cannabis in ihrem Leben schon einmal probiert, etwa sieben Prozent haben es im letzten Jahr konsumiert. Doch Europa ist nicht nur der größte illegale Markt für Cannabis-harz, sondern auch der weltweit zweitgrößte Markt für Kokaïn.

Cannabisprodukte:

HASCHISCH ist das aus der Pflanze gewonnene und von Stängeln und Blüten teilen gereinigte Harz (auch Shit u. a. ge-

nannt). Es ist eine feste, leicht klebende Masse. Die Substanz kommt in unterschiedlichen Formen (in Klumpen oder zu Platten gepresst) in den illegalen Handel. Die verschiedenen schweren (100 g, 250 g, 500 g.) Portionen sind in der Regel leicht biegsam, sodass sie kaum zerbröckeln, solange sie relativ frisch sind.

Haschisch weist einen unverwechselbaren, starken würzigen Geruch auf, ähnlich wie Tee oder Heu, und wird teilweise auch als Weihrauchgeruch wahrgenommen. Jugendliche brennen bei Feten oft Räucherkerzen zum Überdecken des Haschischgeruches ab.

Die verschiedenen Farben variieren von grüngrau, grün über rötlich, hell- bis dunkelbraun über dunkelblau bis hin zu schwarz. Daher auch die in der Szene gebräuchlichen Ausdrücke „grüner“, „schwarzer“ usw., wobei das Herkunftsland (z. B. schwarzer „Afghane“) oft nicht mehr ausgesprochen wird.

Der Endverbraucher erhält Haschisch – oft in Silberfolie verpackt – als Rauchpiece oder piece. Dieses „Stück“ und meist auch Konsumportion (je nach THC-Gehalt, Stärke und Gewöhnung unterschiedlich groß) ist von der Form her mit einem ausgetrockneten Maggiwürfel vergleichbar, jedoch etwas größer und ungleichmäßiger geformt.

Die Stärke des Geruchs ist nicht unbedingt – wie vielfach vermutet – ein Merkmal für gute Qualität, sondern eher auf eine sachgerechte und kurze Lagerung zurückzuführen.

Haschisch ist in seiner Wirkung meist stärker als Marihuana, obwohl heute Marihuana einen sehr hohen THC-Gehalt aufweisen kann (siehe weiter unten).

MARIHUANA nennt man die harzhaltigen Pflanzenteile der Cannabispflanze. Das Gemisch aus zerriebenen Blättern, Stängeln und Blüten wird nach dem Trocknen gemahlen und ähnelt einer Teemischung. Marihuana weist einen harzartigen, teilweise stark würzigen Geruch auf; ähnlich wie Heu oder Tee.

HASCHISCHÖL ist ein durch Lösungsmittelextraktion (Alkohol) aus dem Haschisch gewonnenes Konzentrat. Es handelt sich hierbei um eine dunkelgrüne oder dunkelbraune bis schwärzliche ölige und klebrige Flüssigkeit, die oft in kleinen Fläschchen transportiert wird. Die Konzentration des THC ist relativ hoch und der Rauschzustand soll wesentlich intensiver wahrgenommen werden, Haschischöl hat in Deutschland jedoch in Relation zu den anderen Cannabisprodukten eine geringe Bedeutung.

Annbau von Cannabis Marokko ist eines der weltweit größten Anbauländer für Cannabis und beliefert den illegalen Haschischmarkt in Europa. Weitere Anbaugelände sind Afghanistan, Südafrika, Ägypten, Nepal, Nigeria, Guinea, Ghana, Indien Zaire, Uganda, Malawi, Somalia, Kambodscha, Laos, Philippinen, Thailand.

Aber auch in professionellen „Gewächshäusern“ und dilettantisch angelegten „Heimplantagen“ werden die Pflanzen mitten in Deutschland gezüchtet. In sonnigen und windgeschützten Lagen und bei entsprechender Bodenbearbeitung gedeiht

Kriminalhauptkommissar Jörg Schmitt-Kilian ist Autor zahlreicher Bücher und hat das bundesweit anerkannte Konzept IMPULSE (Sucht- und Gewaltprävention) entwickelt. Fernseh- und Rundfunkreportagen, Talk-Shows, Interviews, unzählige Berichtserstattungen in den Printmedien spiegeln die positive Resonanz auf seine Veröffentlichungen. Näheres unter www.schmitt-kilian.de VOM JUNKIE ZUM IRONMAN war 16 Wochen in der SPIEGEL-BESTSELLERLISTE. Das Buch über die Lebensgeschichte des Weltspitze-Triathleten und Polizistensohns Andreas Niedrig wurde als LAUF UM DEIN LEBEN verfilmt.



die Cannabispflanze auch in unseren Regionen. Allerdings werden die THC-Werte aus südlichen Anbauregionen nicht erreicht.

Konsumarten von Cannabisprodukten

HASCHISCH wird am häufigsten geraucht, da sich hierbei die Wirkung des THC beim Verbrennen am schnellsten entwickelt. Hierzu wird das Rauchpiece entweder ohne andere Beimengungen in kleinen Purpfeifen (mit Sieb) oder mit Tabak oder Marihuana vermischt in den unterschiedlichsten Rauchgeräten (shillums, Purpfeifen, Wasserpfeifen etc.) und besonders angefertigten Haschischzigaretten (joints) gekiffet.

Bei dem Joint handelt es sich um eine mit zwei oder auch mehreren Zigarettenteilchen teilweise kunstvoll gedrehte Haschischzigarette. Diese ist größer als eine normale Zigarette und öffnet sich nach oben kelchartig. Am Mundstück ist





ein kleines Pappröllchen eingerollt. Weitere Konsumformen wie z. B. Aufguss von Haschischpulver im Tee oder Vermischen mit Gebäck, Kuchen und sogar Pizza sind in letzter Zeit häufiger zu beobachten.

MARIHUANA kann ebenfalls geraucht werden. Die Marihuanazigarette (Reefer) hat im Gegensatz zum Joint eher die Größe einer normalen Zigarette. Jedoch ist der Konsum in aufgekochten Getränken (meist Tee) häufiger zu beobachten.

HASCHISCHÖL wird auf eine Zigarette aufgetropft, wobei aufgrund der stärkeren Konzentration bereits wenige Tropfen genügen, um ein entsprechendes Rauscherlebnis herbeizuführen.

Folgende Gegenstände/Gebrauchsutensilien werden zum Konsum benötigt:

Selbst gebastelte Rauchutensilien z. B. aus Glas und Bambusrrohr, Pfeifen mit Sieb, kleine Purpfeifen, Wasserpfeifen oder das typische Shillum (kelchförmiges Haschisch-Rauchgerät aus Ton, Holz, Glas oder Stein) in allen Größen und Variationen, kleine Döschen (z. B. mit Bild der Cannabispflanze), Alufolie und andere Faltbriefchen aus Silber- und Pergamentpapier. Früher wurden oft Filmdöschen als Aufbewahrungsort benutzt. Dies ist in Zeiten der Digitalkameras heutzutage natürlich besonders auffällig.

Wirkung von Cannabisprodukten

Etwa 5-10 Minuten nach dem ersten Inhalieren (manchmal auch nach den ersten Zügen) setzt die Wirkung je nach Erfahrungswert, Abhängigkeitsgrad, THC-Gehalt und Grundstimmungslage ein. Bei diesen Kriterien erkennt man bereits, wie unterschiedlich ein Rauschzustand individuell wahrgenommen werden kann. Der Konsument kann in eine oberflächlich gehobene Stimmungslage und einen Glückszustand (zufrieden, fröhlich, allgemeines Wohlbefinden) versetzt werden, wobei oft Lachen und Weinen dicht beieinanderliegen. Aber viele Konsumenten klagen bei den ersten Rauscherlebnissen über Übelkeit: Während des Rauschzustandes mussten sie erbrechen oder hatten Kreislaufstörungen. In einigen Fällen wurden starke Panikattacken und Angstgefühle ausgelöst.

Die unmittelbare körperliche Wirkung und die verschiedenen Sinneswahrnehmungen sind sowohl von der Dosis, der Gewöhnung, der Stimmungsgrundlage und der Persönlichkeitsstruktur des Konsumenten abhängig. Unter der Wirkung des THC können sich nach Konsumentenberichten auch die Empfänglichkeit für optische (Farben

werden „geschmeckt“) und akustische Sinesseindrücke (Töne werden „gefühl“) verschieben und der Geruchs- und Geschmackssinn sowie das Zeitgefühl beeinträchtigt werden. Bewegungen werden oft harmonischer und angenehmer empfunden, insbesondere beim Tanzen unter Einwirkung von Musik.

Dieses Phänomen kann man oft bei Musik-Events unter freiem Himmel beobachten, wenn Kiffer im Rauschzustand tanzen, beim Gehen „davon schweben“, geistig vollkommen abwesend sind und „seltsam lächeln“. Kritische Selbstbeobachter und Langzeitkonsumenten geben zu, dass diese durch den Rausch verursachten Beziehungen zu Bewegungen und zum Raumermpfinden Auto- und Motorradfahrer in riskante Situationen bringen können.

Gesundheitliche Risiken bei Dauerkonsum

Bei Langzeitkonsum ist eine psychische Abhängigkeit feststellbar, wobei der Gelegenheitskiffer zum Dauerkonsumenten (fast täglicher Konsum) werden kann. Dauermisbrauch kann ebenso wie Nikotinkonsum chronische Bronchitis, Lungenschäden und ähnliche Krankheitsbilder auslösen.

Nach dem Konsum können Erschöpfungszustände, ein „LmaA-Gefühl“ und Konzentrationsstörungen zu einem mehr oder weniger starken Leistungsabfall (insbesondere im beruflichen und schulischen Bereich) führen. Durch Beeinträchtigung der Leistungsmotivation (Haschisch macht gleichgültig, aber das ist mir doch shitegal) wird der Arbeitsplatz – falls überhaupt vorhanden – gefährdet.

Häufig wird der Abbruch der Ausbildung, ein Arbeitsplatzwechsel und totales Desinteresse bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (z. B. nach Schulabschluss oder Lehre) beobachtet. Hier beginnt dann oft der Teufelskreis und die Gefahr wächst, dass durch die soziale Situation irgendwann der Umstieg auf andere Drogen erfolgt.

Auch der Dauerkiffer, der keine anderen Drogen konsumiert, kann immense psychosoziale Probleme haben und es entsteht zweifelsohne ein medizinisch-therapeutischer Behandlungsbedarf. Insofern ist es – insbesondere für betroffene Eltern und therapiewillige Konsumenten – unverständlich, wenn sie dahin gehend „beraten“ werden, dass Haschisch harmlos und eine „weiche“ Droge sei.

Bei Cannabis entwickelt sich nach herrschender Meinung zwar keine körperliche Abhängigkeit und daher werden die Probleme einer psychischen Abhängigkeit bei

häufigerem Kiffen über einen längeren Zeitraum vollkommen unterschätzt. Was viele verkennen: „Die Spritze sitzt im Kopf“.

Der Haschischkonsument ist unfähig, im öffentlichen Straßenverkehr ein Fahrzeug „sicher“ zu führen oder an seinem Arbeitsplatz entsprechende Tätigkeiten zu verrichten. Die bei Dauerkonsumenten nach dem Rausch auftretende Müdigkeit, Apathie und



Ein Labor zur Weiterverarbeitung der Cannabis-Pflanze. Der „Rohstoff“ wuchs im Keller und Schuppen.
Foto: Holger Hollemann/dpa

Lustlosigkeit wirkt sich oft noch am folgenden Tage aus. Nach dem Konsum von Haschisch kann es zu depressiven Verstimmungen, Angstgefühlen und Ruhelosigkeit kommen. Komplikationen können Übelkeit, Erbrechen oder auch Beschleunigung des Herzschlages sein. Jeder Konsument reagiert individuell je nach Stimmungslage, THC-Gehalt und „Erfahrung“ auf die Droge.

Substanz und Wirkung verändert

Grundsätzlich haben alle Handelsformen von Cannabis dieselbe Wirkung.



Diese variiert jedoch nach Dosierung und Wirkstoffgehalt. Der THC-Gehalt reicht von etwa 2 bis 20 %, wobei Werte um 8 bis 12 % bei Haschisch am häufigsten sind.

Bei Marihuana variiert der Wirkstoffgehalt stärker. Obwohl vielfach noch zu lesen ist, dass Haschisch mehrfach wirksamer ist als Marihuana, kann man davon nicht mehr generell ausgehen. Einige Marihuanasorten sind oft wirkstoffreicher als Haschisch.

Der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, dass auch immer wieder neue „Lebensmittel“ mit Hanfblattsymbolen angeboten werden. So wirbt z. B. der „Swiss Cannabis Ice Tea“ mit einem „fantastic natural feeling“. Es handelt sich hierbei um einen Schwarztee mit Schweizer Hanfblütensirup und Hanfblütenextrakt. Es werden auch andere Getränke (Cannabier), Bonbons und Lutscher mit Hanfblattsymbolen angeboten. Nach bisherigen kriminaltechnischen Untersuchungen sind in den Proben weder THC noch deren Vorstufen nachweisbar. Somit fallen diese „Lebensmittel“ in Deutschland auch nicht unter das Betäubungsmittelrecht.

SSS: Salbei, Spice und Shisha

SALBEI (*Salvia divinorum* – „Salbei der Wahrsager“) enthält als psychoaktiven Hauptbestandteil die Wirkstoffe Salvinorin A und B. Salvinorin A ist das stärkste natürlich vorkommende Halluzinogen. In Deutschland ist diese neue Droge auch als Zaubersalbei, Wahrsagersalbei und Aztekensalbei bekannt.

Da den höchsten Wirkstoffgehalt die Blätter der Pflanze enthalten, werden sie (meist in einer Wasserpfeife) geraucht. Der Konsum ist auch durch intensives Kauen der frischen oder auch getrockneten Blätter möglich, wenn der Wirkstoff über die Mundschleimhaut aufgenommen wird. Da die Blätter sehr bitter schmecken, bevorzugen Jugendliche jedoch das Rauchen. Auf diese neue Droge wurde ich übrigens erst von Schülern einer achten Klasse im Rahmen eines suchtpreventiven Projekts aufmerksam gemacht. Noch vor einem Jahr war der Konsum dieser neuen Substanz den meisten Frauen und Männern im Polizeidienst (weil seinerzeit noch nicht

verboten) unbekannt, obwohl bereits umfangreicher Erfahrungsaustausch im Internet stattfand.

Die Wirkung von Salbei

Der Rauschzustand nach Konsum von Salbei soll mit der Wirkung von LSD oder psychoaktiven Pilzen vergleichbar sein. Andere wiederum behaupten, die Wirkung sei einmalig und mit anderen halluzinogenen Drogen nicht zu vergleichen. Der Konsum soll zwar eine Veränderung des Realitätsempfindens auslösen, aber angeblich nicht die Gefühle intensivieren bzw. verschieben.

Da Salvinorin A das stärkste natürlich vorkommende Halluzinogen ist, können bei hoher Dosierung Panikattacken und Orientierungsverlust auftreten. Und junge Konsumenten haben in der Regel wenig Ahnung, wann die Dosierung überschritten ist, spielen „Russisch Roulette mit sechs Kugeln drin“, wie es ein junger Mann beschrieb. „Und wenn du abkackst. Halt Pech gehabt!“





Verpackte Drogen – Ende August 2007 haben Chemnitz Ermittler einer deutsch-niederländischen Drogenbande das Handwerk gelegt, die im großen Stil mit Cannabis und Amphetaminen gehandelt hatte. Foto: Wolfgang Schmidt/dpa

Es gibt auch unterschiedliche Aussagen über die Dauer der Wirkung. Einige behaupten, die Wirkung trete direkt nach den ersten Zügen ein, manch anderer hat „eine Viertelstunde gewartet, bis ich was bemerkt habe!“

Einige beschreiben einen kurzen Rauschzustand von „nur 5 Minuten“, andere wiederum dreißig Minuten und wieder andere behaupten, sie wären zwei Stunden „auf einer Reise gewesen“. In Wechselwirkung mit anderen Substanzen und je nach Erwartungshaltung und Konsumsituation wird die Dauer des Rauschzustandes scheinbar unterschiedlich wahrgenommen. Laut Konsumenten überdeckt eine starke Salvia-Wirkung andere gleichzeitig eingenommene Drogen.

Grundsätzlich gibt es bisher kaum Erkenntnisse über die Wechselwirkungen von Salvia mit anderen Drogen. Dennoch wird dringend vom Mischkonsum abgeraten!

Bei niedrigen Dosierungen (wer will dies richtig einschätzen?) können extreme Schweißausbrüche, Angstzustände, Panikattacken und Desorientierung auftreten. Einige Konsumenten wollen halluzinogene Farb- und Formverzerrungen wahrgenommen haben, aber „du stehst immer noch mit beiden Beinen in der Realität, auch wenn du Farben schmecken und Töne fühlen kannst. Nur wenn du zu viel nimmst, wirst du aus der Realität heraus gebeamt!“, schilderte mir ein junger Mann sein Rauscherlebnis.

Bei hohen Dosierungen können Wahnvorstellungen (bedrohlicher Angriff unbekannter Wesen) und Wahrnehmungsstörungen auftreten: Eine Trennung zwischen Vorstellung und Wirklichkeit scheint nicht mehr möglich. Die Koordinationsfähigkeit des gesamten Bewegungsapparats ist stark eingeschränkt.

SPICE wird angeboten als eine Kräutermixtur von teilweise exotischen Kräutern. Die berausende Wirkung (siehe Cannabis) soll auf der Kombination bestimmter natürlicher Inhaltsstoffe beruhen. In verschiedenen Analysen konnten kürzlich jedoch mehrere synthetische cannabisähnliche Wirkstoffe nachgewiesen werden. Bei dem für den Rausch verantwortlichen Hauptwirkstoff handelt es sich um eine Modifikation des synthetischen Cannabinoide.

Vor dem Verbot in Deutschland hatte die neue Droge einen Absatzboom erlebt und wurde insbesondere als Ersatz für Cannabisprodukte konsumiert. Die Reinheit der Inhaltsstoffe im Endprodukt Spice ist ungeklärt, ebenso die genaue Wirkung und Umwandlung der synthetischen Zusätze im Stoffwechsel des menschlichen Körpers.

Konsumierung und Wirkung von Spice

Spice wird in kleinen Tütchen mit den Aufschriften/Sorten Silver, Gold, Diamond, Tropical Synergy, Arctic Synergy und Genie angeboten. Laut Hersteller unterscheiden diese sich in der Intensität, wobei Diamond als die stärkste Sorte gilt. Die Inhaltsstoffe sind jedoch (abgesehen von den Aromastoffen bei Tropical Synergy, Arctic Synergy und Genie) bei allen Sorten gleich. Spice wird als Räucherwerk gehandelt, aber hauptsächlich zur Aufnahme in gerauchter Form verwendet. Auf der Verpackung wird lediglich davor gewarnt, die Mischung als Tee zuzubereiten oder zu verzehren.

Die Stoffe binden an Cannabinoid-Rezeptoren im Gehirn und lösen einen Rauschzustand aus. Ihre pharmakologische Potenz soll deutlich höher sein als die von THC (siehe Cannabis). Spice ist nach Aufnahme in die Anlage II des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) aufgrund der Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung seit 22. Januar 2009 eine illegale Droge.

SISHA – Vor einiger Zeit ging ein Aufschrei durch die Nation: Jugendliche rauchen in „Kinderzimmern“ Wasserpfeifen und in Jugendkneipen wird offen gekifft. Ist das jetzt erlaubt? Was war geschehen? Wie

le Jugendliche praktizieren zunehmend eine bei uns bislang nicht gebräuchliche Form des Tabakkonsums. In Gaststätten und Privatwohnungen sitzen sie vor Wasserpfeifen und inhalieren Tabakrauch aus langen Schläuchen. Mit einem speziellen Brikett wird eine Fruchttabakmischung erhitzt. Der Tabakrauch wird durch eine Passage im Wasserbad gefiltert. Nach dem kräftigen Ansaugen unter blubbernden Geräuschen im Wasserbehälter wird der Rauch inhaliert. Angeblich bleiben die gesamten Schadstoffe des verbrannten Tabaks im Gerät und in der braunen Sauce, die beim Austausch der Kühlflüssigkeit aus der Pfeife rinnt. Der aus langen Schläuchen der Wasserpfeife (wie beim Haschischrauchen) inhalierte Tabakrauch ist aber nicht so harmlos, wie es die Jugendlichen vermuten. Bereits auf der Basis existierender Studien lässt sich sagen, dass diese Form des Rauchens die Aufnahme von Nikotin und Tabakschadstoffen nicht verhindert. Die Krebs erregenden Rauchpartikel bleiben nicht im Wasserfilter hängen, sondern überfluten mit jedem tiefen Zug am Schlauch die Lungen und andere Organe. Das abhängig machende Tabakalkaloid Nikotin gelangt genauso pur ins Gehirn und ins zentrale Nervensystem



Fertig gedrehte Joints in einem Coffee-Shop in Amsterdam. Foto: anp Cor Mulder/dpa

der Rauchenden wie bei anderen Formen des Tabakrauchens. Beim Abbrennen der Tabakmischung auf dem Kohlegrill entsteht zudem Kohlenmonoxid, welches eingeatmet eine zusätzliche Belastung für das Herzkreislaufsystem darstellt.

Jörg Schmitt-Kilian

Informationen zu Anwendungspraktiken und Erscheinungsformen weiterer Drogen und methodische Schritte in der Suchtprävention finden interessierte Leserinnen und Leser im VDP-Themenheft „Weißt du eigentlich, was ich fühle?“

Weitere Infos bei KHK Schmitt-Kilian, PP Koblenz, K 15, Tel. 0261/1032861





ANGEMERKT:

Aktiv-Programm für Senioren

Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,

nach mehreren Sitzungen einer AG und einem Workshop haben mit maßgeblicher Unterstützung von Dietmar Michael (in der Bundesgeschäfts-



stelle der GdP für Bildung zuständig) und Hans Adams (zuständig für die Seniorenarbeit in der Bundesgeschäftsstelle) wurde das Aktiv-Programm für Senioren auf den neuesten Stand gebracht. Die ehemalige Mappe „Aktivprogramm

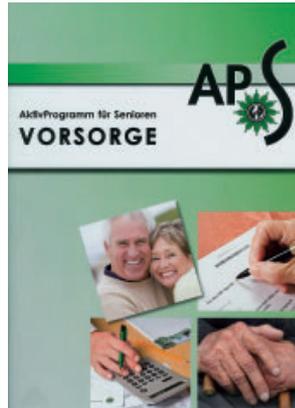
für Senioren – Vorsorge“ liegt uns nun als übersichtlich gegliederte Broschüre vor. Überarbeitet wurde auch die Broschüre „Vorbereitung auf den Ruhestand – Dem neuen Lebensabschnitt das Beste abgewinnen“.

Beide Publikationen mit ihren umfang-

reichen aktuellen Informationen und ihrem hohen praktischen Wert sind bereits an die Landes-seniorenvorsitzenden verschickt worden. Diese sollten darauf achten, dass diese Broschüren auch an die Personen ausgegeben werden, für die sie entwickelt und gefertigt wurden, dass also diese Arbeitsmittel für die Seniorenarbeit unsere Zielgruppe auch tatsächlich erreichen.

Wer also Interesse an den beiden Broschüren hat, sollte sich bei seinem Landesseniorenvorstand melden. Die Broschüren sind auch im geschlossenen Mitgliederbereich der GdP unter „Senioren“ im Internetauftritt der GDP zu finden

Ich erinnere an unseren Beschluss vor vier Jahren, wo sich alle Landesbezirksvorsitzenden einstimmig sowohl für die Umsetzung des APS ausgesprochen haben, als auch dafür, die notwendigen finanziellen Mittel für Seminare bereitzustellen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte es dennoch zu irgendwelchen Umsetzungsproblemen kommen, bitte ich, den Bundes-seniorenvorstand, gern auch mich persönlich, zu informieren, damit wir für Abhilfe sorgen können.

*Mit kollegialen Grüßen
Artur Jung
Bundesseniorenvorsitzenden*

Wenn das Ruhegehalt ruht

Die Anrechnung von Erwerbseinkommen auf die Versorgungsbezüge ist im § 53 Beamtenversorgungsgesetz geregelt. Seit dem 1. Januar 1999 ist es dabei unerheblich, ob das Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst oder aus der Privatwirtschaft resultiert.

Zu beachten ist eine Höchstgrenze, die sich in der Regel aus den ruhegehalt-fähigen Dienstbezügen ergibt. Wenn Ruhegehalt und Erwerbseinkommen zusammen darüber liegen, wird das Ruhegehalt um den übersteigenden Betrag gekürzt, bzw. es kommt zum „Ruhem“. Ab dem 65. Lebensjahr entfällt diese Regelung, sodass die Versorgungsbezüge voll ausgezahlt werden. Für Ruhestandsbeamte und Witwen gilt die Gesetzesvorschrift gleichermaßen.

Dagegen hatte eine Witwe geklagt, die beim Eintritt des Versorgungsfalles 45 Jah-

re alt war. Sie ist der Ansicht, die Festsetzung ihres Witwengeldes verletze das durch Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz abgesicherte Alimentationsprinzip. Die Anrechnung ihrer privaten Einkünfte sei verfassungswidrig, da der Dienstherr selbst uneingeschränkt für eine amtsangemessene Versorgung der Beamten und ihrer Familie aufzukommen habe. Es sei zudem fehlerhaft, dass ihr Erwerbseinkommen der Ruhensregelung mit dem Bruttobetrag zugrunde gelegt worden sei, während vergleichbare Anrechnungen auf Renten auf der Grundlage des Nettoeinkommens erfolgen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich nun als vierte Instanz mit dem Fall zu befassen. Der Vorprüfungsausschuss ist zu einem Nichtannahmebeschluss gekommen und hat somit die Klage abgewiesen (Az 2 BvR 797/04 vom 11.12.2007).

In der Begründung heißt es, dass kein Verstoß gegen Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz vorliegt. Das Versorgungsreformgesetz von 1998 sieht vor, dass Ruhestandsbeamte und ihre Hinterbliebenen sich auf ihre Versorgungsbezüge in gewissem Umfang Einkommen aus der Privatwirtschaft bis zur Vollendung des 65. Lebensjahr anrechnen lassen müssen. Die Versorgungsbezüge sind nicht verloren. Sie ruhen bis zur erwähnten Altersgrenze.

Die Verfassungsbeschwerde ist begründet. Die angegriffene Ruhensregelung entspreche den hierzu ergangenen behördlichen und gerichtlichen Entscheidungen. Die Vorschrift des § 53 Beamtenversorgungsgesetz steht im Einklang mit dem geschützten hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums und si-



chert dem Beamten und seiner Familie die lebenslange Alimentation.

Die Begrenzung der Hinzuverdienstmöglichkeiten aus privater Tätigkeit bis zu allgemeinen Altersgrenze soll die wirtschaftliche Attraktivität der Frühpensionierung bremsen.

Die Anrechnung des Bruttoeinkommens entspreche den normativen Vorgaben. Der von § 53 Abs. 7 Beamtenversorgungsgesetz geprägte eigenständige Begriff des Erwerbseinkommens

gehe von Bruttobetrag aus. Dies entspreche dem Bruttoprinzip bei der Festsetzung der Versorgungsbezüge.

Die seit dem 1. Januar 1999 erweiterte Anrechnung von Erwerbseinkommen bis zum 65. Lebensjahr entspricht dem Rentenrecht und zielt auf eine wirkungsgleiche Übernahme hin.

Bei der eindeutigen und gesicherten Rechtslage war mit dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu rechnen.

Olaf Bong

Verabschiedung

In der Bundesseniorenvorstandssitzung 21./22. April wurden die ehemaligen Vorstandsmitglieder Hans-Hermann Fritsche (Hamburg) und Günter Cramer (Baden-Württemberg) vom Bundesseniorenvorsitzenden aus unserem Gremium verabschiedet.

Beide Kollegen sind aus ihrem Amt als Landesseniorenvorsitzende auf eigenen Wunsch ausgeschieden.

Der Bundesseniorenvorsitzende bedankte sich bei Hans-Hermann Fritsche sowie auch bei Günter Cramer für ihre langjährige Arbeit zum Wohle der Seniorinnen und Senioren auch für ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit und ihr kollegiales Verhalten gegenüber dem Bundesseniorenvorstand.

Der Bundesseniorenvorsitzende wünschte beiden Kollegen für ihren weiteren Lebensweg eine stabile Gesundheit. Als Dankeschön wurde beiden von Hans Adams und dem Bundesseniorenvorsitzenden eine GdP-Uhr überreicht.

Hans-Hermann Fritsche und Günter Cramer bedankten sich und betrachteten ihre Verabschiedung im Kreise des Bundesseniorenvorstandes als eine große Ehre.

Artur Jung



Verabschiedung auf der Bundessenioren-Vorstandssitzung – v. l. GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, Hans-Hermann Fritsche, Günter Cramer, Bundesseniorenvorsitzender Artur Jung.

Foto: Treuber

Zur Pflegereform

Im vorigen Jahr hat der Bundesgesetzgeber mit Beteiligung der Gewerkschaften die Pflegeversicherung reformiert. So werden neben der Beitragserhöhung auch die Leistungssätze stufenweise angehoben. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen haben seit Anfang dieses Jahres Anspruch auf kostenlose Pflegeberatung. Neu eingeführt wurde eine Pflegestufe 0. Sie ist besonders für Demenzerkrankte gedacht, die bisher unberücksichtigt blieben, wenn nicht auch körperlicher Einschränkungen vorlagen. Die Gesetzesformulierung definiert diese Art von Betreuungsbedarf als „eingeschränkte Alterskompetenz“.

Für jeden Laien sind komplizierte Gesetzestexte und ihre Auslegung schwer zu deuten. Deshalb hat der DGB, unsere Dachorganisation, eine Broschüre mit dem Titel „Pflegereform 2008 – Infos für Versicherte und Angehörige“ aufgelegt, die bei den DGB-Geschäftsstellen kostenlos auch für GdP-Mitglieder erhältlich ist.

Die Ausführungen sind allgemein verständlich gehalten – nicht nur für Pflichtversicherte, sondern auch für Beihilfeberechtigte und privat Versicherte.

Wenn auch in den vergangenen Monaten in den meisten Medien über die Pflegereform berichtet wurde, so ist diese Broschüre mit hohem Informationsgehalt für jeden als Nachschlagewerk zu empfehlen.

Hans Dietrich Block



Vorgetäuschte Sexualdelikte

Mögliche Folgen polizeilicher und justizieller Fehler oder Fehleinschätzungen bei Sexualdelikten beschreibt Sabine Rückert in ihrem Buch „Unrecht im Namen des Volkes“ (Hoffmann und Campe, 2007) sehr eindrucksvoll. Eine junge Frau beschuldigt Vater und Onkel, sie vergewaltigt zu haben. Beide werden angeklagt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Erst eine Wiederaufnahme der Verfahren zeigt gravierende handwerkliche Fehler und Beurteilungsmängel auf und führt zur Rehabilitation der unschuldig Verurteilten.

Jana Frauen hat durch Auswertung einschlägiger Literatur und Gespräche mit Fachleuten des LKA 42 (Sexualdelikte) im Landeskriminalamt Hamburg sehr umfangreich zusammengetragen, was in diesem Zusammenhang kriminalistisch bedeutsam ist. Diese Veröffentlichung soll und kann dazu beitragen, eine professionelle, kriminalistisch fundierte Ermittlungsarbeit leisten zu können. Nur wenn eine solche unaufgeregte, unvoreingenommene und akribisch erfolgte, hat die Sachverhaltsaufklärung eine Chance.

Vorgetäuschte Sexualdelikte, Jana Frauen, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008, Band 1, 102 Seiten, 12,80 Euro, ISBN 978-3-86676-035-6

Pflegezeitgesetz

Viele Menschen wünschen sich, im Pflegefall von einem Angehörigen gepflegt zu werden. Das Pflegezeitgesetz, zum 1.7.2008 in Kraft getreten, soll hier Abhilfe schaffen

und durch Freistellungsansprüche der Beschäftigten die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege verbessern. Damit Beschäftigte keine Nachteile durch die Inanspruchnahme dieser beiden Rechte erleiden, ist zugleich ein besonderer Kündigungsschutz (§ 6 PflegeZG) geschaffen worden.

Der Basiskommentar erläutert klar und verständlich die einzelnen Vorschriften des neuen Pflegezeitgesetzes und hilft bei der



konkreten Umsetzung in der Praxis. Denn trotz oder gerade wegen der wenigen Vorschriften bestehen viele Unklarheiten über die Auslegung des Pflegezeitgesetzes. Die Kommentierung ist deshalb so angelegt, dass möglichst viele Fall-

varianten abgedeckt und Parallelen zur Elternzeit aufgezeigt, aber auch Unterschiede deutlich gemacht werden.

Die vorliegende Erstkommentierung des Pflegezeitgesetzes erläutert vor allem die Voraussetzungen der neuen Freistellungsansprüche und des besonderen Kündigungsschutzes. Zugleich berücksichtigt der Autor die sozialversicherungsrechtlichen Folgen in der Freistellungsphase und geht intensiv auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebsräte ein.

Über den Autor:
Pflegezeitgesetz, Basiskommentar, Michael Kossens, Bund-Verlag, Frankfurt 2009, 1. Auflage, 128 Seiten, kartoniert, 19,90 Euro, ISBN 978-3-7663-3898-3

Polizei und Politische Bildung

Nach der Erfahrung des terroristischen Gebrauchs von Polizeigewalt im nationalsozialistischen Regime und nach den Erfahrungen und Belastungen der protestbewegten Jahre zwischen 1960 und 1980 ist der Autoritätsanspruch der Polizei kommunikativ trainiert und geglättet. Was hat die Veränderungen im Selbstverständnis und Verhaltensrepertoire der Polizei in den vergangenen Jahrzehnten der Bundesrepublik gekennzeichnet? Die Beiträge dieses Buches verfolgen den Wandel der

Polizei unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Veränderungen seit den 60er Jahren, die teils langwierige Ablösung tradierter Führungs- und Ausbildungsstile, die durch die Einstellung von Frauen seit Ende der 70er

Jahre angestoßene Gender-Debatte und Variation maskuliner „policing“-Modelle in der Polizei und skizzieren zu erwartende Folgen der gegenwärtigen Europäisierung der Polizeiarbeit. Die Autorinnen und Autoren widmen sich einem Bereich in der Ausbildung der Polizei, der in den letzten Jahrzehnten ausgebaut worden ist und an Bedeutung gewonnen hat: der Politischen Bildung.

Polizei und Politische Bildung, Peter Leßmann-Faust, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, 225 Seiten, 39,90 Euro, ISBN 978-3-531-15890-7



Deutsche
Polizei

Titel – Foto: ddp

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld

Nr. 6 • 58. Jahrgang 2009 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



Druckauflage dieser Ausgabe:
173.558 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

